

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1989

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989	173	Die Wahl zum dritten direkt gewählten Europäischen Parlament brachte in Rheinland-Pfalz wie im ganzen Bundesgebiet starke Verluste für die CDU, leichte Gewinne für die SPD, F.D.P. und GRÜNEN. Die REPUBLIKANER erreichten bei ihrem ersten Antreten in Rheinland-Pfalz 4,6 %. Rheinland-Pfalz entsendet fünf der 81 Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland nach Straßburg. Von ihnen gehören je zwei der CDU und SPD und eine der GRÜNEN an.
---	-----	--

Ausbildungsstand der Bevölkerung	187	Der Beitrag informiert über die Abschlüsse der rheinland-pfälzischen Bevölkerung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Dabei wird auf Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen und zwischen Männern und Frauen eingegangen.
---	-----	---

Was bringt die Ernte 1989 ?	191	Der Beitrag unterrichtet über bereits vorliegende Ernteergebnisse sowie über die Aussichten beim derzeitigen Stand auf den Feldern, in den Weinbergen und Obstanlagen.
------------------------------------	-----	--

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip	195	Die Verteilung der Lohnsteuer in den Jahren 1989 bis 1991 beruht auf den bei der Auswertung der Lohnsteuerkarten 1986 ermittelten Ergebnissen. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich nach Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber den anderen Bundesländern ein Erstattungsanspruch an Einnahmen aus der Lohnsteuer.
--	-----	---

Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Sonderbeilage

Endgültiges Ergebnis der
Kommunalwahlen am 18. Juni 1989

			Wahlen zu den Gemeinde- / Stadträten					
			Insgesamt ¹⁾			darunter: kreisfreie Städte		
			Stimmen		Sitze	Stimmen		Sitze
			Anzahl	%		Anzahl	%	
Wahlberechtigte			2 867 284		23 796	746 172		572
Wähler / Wahlbeteiligung			2 217 456	77,3		523 645	70,2	
Ungültige Stimmzettel			66 565	3,0		14 425	2,8	
Gültige Stimmzettel bzw. Sitze insgesamt			2 150 891	97,0		509 220	97,2	
Gültige Stimmen			50 450 551			23 992 467		
Von den gültigen Stimmen bzw. Sitzen entfielen auf:								
Christlich Demokratische Union Deutschlands	ungewichtete Stimmen	17 108 816		4 499	8 140 182		196	
	gewichtete Stimmen ²⁾	642 796	29,9		172 769	33,9		
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	ungewichtete Stimmen	21 135 803		5 113	10 851 760		258	
	gewichtete Stimmen	794 093	36,9		230 320	45,2		
Freie Demokratische Partei	ungewichtete Stimmen	2 322 966		363	1 230 571		26	
	gewichtete Stimmen	87 276	4,1		26 118	5,1		
DIE GRÜNEN	ungewichtete Stimmen	2 825 373		181	2 006 689		42	
	gewichtete Stimmen	106 152	4,9		42 590	8,4		
Deutsche Volksunion Liste D	ungewichtete Stimmen	78 941		–	78 941		–	
	gewichtete Stimmen	2 966	0,1		1 675	0,3		
Ökologisch-Demokratische Partei	ungewichtete Stimmen	184 348		6	172 654		4	
	gewichtete Stimmen	6 926	0,3		3 664	0,7		
DIE REPUBLIKANER	ungewichtete Stimmen	549 443		14	524 719		9	
	gewichtete Stimmen	20 643	1,0		11 137	2,2		
Wählergruppen	ungewichtete Stimmen	6 244 861		4 973	986 951		37	
	gewichtete Stimmen	234 626	10,9		20 947	4,1		
Mehrheitswahl			255 413	11,9	8 647	–	–	–

1) Ohne das Ergebnis der auf den 10. 09. 1989 verschobenen Wahl zum Gemeinderat der Gemeinde Staudernheim.
2) Da den Wählern zu den einzelnen Wahlen je nach Einwohnerzahl der Gebietskörperschaft eine unterschiedliche Zahl an Stimmen zur Verfügung stand, wurde für das endgültige Ergebnis auch ein gewichtetes Ergebnis errechnet. Bei den hierbei ausgewiesenen Stimmenzahlen handelt es sich um ein Stimmenergebnis, das die gültigen Stimmzettel im Verhältnis der Stimmenzahl der einzelnen Parteien aufteilt. Die absoluten Stimmenzahlen der Gebietskörperschaften verschiedener Größenklassen, in denen die Wählerinnen und Wähler eine unterschiedliche Stimmenzahl zu vergeben hatten, werden dadurch vergleichbar gemacht, und es wird ein Ergebnis ausgewiesen, als hätte jeder Wähler, der gültig gewählt hat, nur eine Stimme abgegeben.

	Wahlen zu den Kreistagen			Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten		
	Stimmen		Sitze	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2 130 935			1 666 646		
Wähler / Wahlbeteiligung	1 698 174	79,7		1 357 338	81,4	
Ungültige Stimmzettel	62 753	3,7		43 827	3,2	
Gültige Stimmzettel bzw. Sitze insgesamt	1 635 421	96,3	1 008	1 313 511	96,8	4 449
Gültige Stimmen	65 398 002			34 175 859		
Von den gültigen Stimmen bzw. Sitzen entfielen auf:						
Christlich Demokratische Union Deutschlands	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	25 412 844 635 504	38,9	395	13 158 720 505 741	38,5
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	27 123 424 678 281	41,5	416	13 944 591 535 945	40,8
Freie Demokratische Partei	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	3 949 586 98 768	6,0	63	1 665 440 64 009	4,9
DIE GRÜNEN	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	4 630 551 115 797	7,1	70	1 000 037 38 435	2,9
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	93 283 2 333	0,1	2		
Ökologisch-Demokratische Partei	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	90 305 2 258	0,1	2	20 796 799	0,1
Wählergruppen	ungewichtete Stimmen gewichtete Stimmen	4 098 009 102 480	6,3	60	4 386 275 168 582	12,8

	Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz		
	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	1 022 731		
Wähler / Wahlbeteiligung	784 661	76,7	
Ungültige Stimmen	20 295	2,6	
Gültige Stimmen bzw. Sitze insgesamt	764 366	97,4	29
Von den gültigen Stimmen bzw. Sitzen entfielen auf:			
Christlich Demokratische Union Deutschlands	265 440	34,7	10
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	338 701	44,3	13
Freie Demokratische Partei	44 020	5,8	2
DIE GRÜNEN	55 276	7,2	2
DIE REPUBLIKANER	60 929	8,0	2

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

In Rheinland-Pfalz waren am 18. Juni 2 888 854 Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme zum dritten direkt zu wählenden Europäischen Parlament abzugeben. Mit 77,2 % lag die Wahlbeteiligung deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Die SPD errang 40,2 % der Stimmen und wurde erstmals stärkste Partei in Rheinland-Pfalz. Auf die CDU entfielen 38,7 % der insgesamt abgegebenen 2 182 162 Stimmen. Die GRÜNEN erhielten 7,3 %, die F.D.P. 5,7 %, die REPUBLIKANER konnten bei ihrem ersten Antreten in Rheinland-Pfalz 4,6 % der Stimmen erringen. Auf die übrigen 16 Parteien entfielen 3,2 %. Davon hatten mit 1,5 % die DVU und mit 0,6 % die ÖDP den stärksten Anteil.

Die CDU mußte in den ländlichen Regionen des Landes überdurchschnittlich hohe Verluste hinnehmen, während die SPD hier ihre stärksten Gewinne verzeichnen konnte. GRÜNE und F.D.P. konnten sich mit jeweils + 0,7 Prozentpunkten leicht verbessern.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt, daß die Wähler der GRÜNEN jünger sind als die der übrigen Parteien. Überdurchschnittlich ist auch der Anteil der REPUBLIKANER bei den jüngeren Wählern. Mehr als zwei Drittel der Wähler der REPUBLIKANER waren Männer.

Ein deutlicher Rückgang war bei den ungültigen Stimmen zu verzeichnen, sie betrugen nur noch 2,2 % gegenüber 3,9 % bei der Europawahl 1984.

17,2 % der Wahlberechtigten machten von der Briefwahl Gebrauch. Von den 81 Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland kommen fünf aus Rheinland-Pfalz. Je zwei gehören der CDU und SPD und eine Abgeordnete den GRÜNEN an.

Mehr über dieses Thema auf Seite 173

Ausländerquote rückläufig

Am 25. Mai 1987, dem Stichtag der Volkszählung, waren in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft 51 700 ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber 1970 um 23 000 Personen bzw. 4,7 %. Da sich die Gesamtzahl der Arbeitnehmer stärker erhöht hat (+ 15,5 %), verringerte sich der Ausländeranteil von 4,4 auf 4 %.

Die ausländischen Arbeitnehmer wurden von den strukturellen Veränderungen der letzten zwei Jahr-

zehnte wesentlich stärker betroffen als ihre deutschen Kollegen. Dies gilt vor allem für den Rückgang und die veränderte Beschäftigtenstruktur im produzierenden Gewerbe. Während sich hier die Gesamtzahl der Arbeitnehmer zwischen 1970 und 1987 um 9,2 % verringerte, errechnet sich für die Ausländer ein Rückgang um fast 19 %.

Kompensiert wurde die Entwicklung im produzierenden Gewerbe durch eine Verdreifung der ausländischen Arbeitnehmer im privaten Dienstleistungssektor. Die höchsten Ausländerquoten errechnen sich in der Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung (14 %) sowie im Gastgewerbe (10 %).

Neben den strukturellen Veränderungen fanden in den vergangenen 17 Jahren auch regionale Verschiebungen in der Erwerbstätigkeit der Ausländer statt. In den Landkreisen und kreisfreien Städten, die 1970 eine überdurchschnittlich hohe Ausländerquote aufwiesen, ist ein Rückgang des Anteils der ausländischen Arbeitnehmer festzustellen. Eine Ausnahme bilden nur die Stadt Mainz mit einer nahezu unveränderten Ausländerquote und der Landkreis Germersheim, in dem sich durch eine Zunahme der ausländischen Arbeitnehmer von 2 450 auf 4 000 deren Anteil auf fast 12 % erhöhte.

Trotz der starken Zunahme der ausländischen Erwerbstätigen in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich (+ 249 %), Bitburg-Prüm (+ 175 %) und Kusel (+ 153 %) sowie in den Städten Trier (+ 80 %) und Koblenz (+ 46 %) liegt die Ausländerquote in diesen Gebieten noch unter dem Landesdurchschnitt. wz

Volkszählung 1987: Jeder fünfte der 20- bis 25jährigen hat Hochschulreife

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 hatten knapp 7 % der über 50 Jahre alten Personen, aber 21 % der 20- bis 25jährigen Rheinland-Pfälzer die Hochschulreife. Ähnlich stark hat der Anteil der jüngeren Menschen mit mittlerer Reife bzw. vergleichbaren Bildungsabschlüssen zugenommen. Während er bei den Älteren rund 9 % ausmachte, betrug er bei der jüngeren Bevölkerung über 29 %.

Nach der beruflichen Ausbildung ist die jüngere Generation heute weit besser gestellt als die ältere. Hatten von den heute 60- bis 65jährigen noch fast 58 % weder eine praktische Berufsausbildung erhalten noch eine berufsbildende Schule besucht, so sind es bei den Personen im Alter von 30 bis 35 Jahren nur noch 23 %.

Mehr über dieses Thema auf Seite 187

114 Mill. DM für Bundesausbildungsförderung (BAföG)

Für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wurden 1988 in Rheinland-Pfalz 114 Mill. DM ausgegeben, das sind 3 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Als Darlehen wurden 82 Mill. DM (72 %) und als Zuschuß 32 Mill. DM (28 %) verausgabt.

Gefördert wurden insgesamt 25 000 Personen, darunter rund 70 % Studenten. Auf Studenten entfielen auch fast drei Viertel der gesamten Fördermittel, die überwiegend als unverzinsliches Darlehen ausbezahlt wurden. ke

Industriearbeiter verdienen 18,95 DM in der Stunde

In der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhte sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der voll-

beschäftigten Arbeiter von April 1988 bis April 1989 um 4,6 % auf 18,95 DM. Bei den Männern betrug er im April 1989 19,86 DM (+ 4,4 %), bei den Frauen 13,95 DM (+ 4,7 %). Männliche Facharbeiter kamen auf 20,84 DM (+ 4,1 %), weibliche auf 14,80 DM (+ 4,1 %).

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst nahm infolge längerer Arbeitszeit etwas stärker zu. Er stieg bei den Männern um 5,6 % auf 825 DM, bei den Frauen um 5,2 % auf 548 DM. Die Zahl der wöchentlichen Überstunden belief sich bei den Männern auf 2,2 und bei den Frauen auf 0,6.

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt. ze

Männliche Industrieangestellte verdienen 5 190 DM im Monat

Die Angestellten (ohne leitende Kräfte) in der rheinland-pfälzischen Industrie kamen im April 1989 auf einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 4 720 DM. Das sind 3,9 % mehr als im April 1988. Männer verdienten 5 186 DM (+ 3,9 %), ihre Kolleginnen 3 361 DM (+ 4,1 %).

Männliche kaufmännische Industrieangestellte erzielten im gleichen Zeitraum eine Verdienststeigerung von 4,8 % auf 5 095 DM, weibliche von 3,9 % auf 3 297 DM. Die männlichen technischen Angestellten verdienten im April 1989 durchschnittlich 5 230 DM (+ 3,4 %), ihre Kolleginnen 3 675 DM (+ 4,6 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe konnten die männlichen kaufmännischen Angestellten den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst im Vergleich zu April 1988 um 4 % auf 3 781 DM steigern, die weiblichen um 4,9 % auf 2 648 DM.

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt. ze

Benzin und Heizöl preiswerter Verbraucherpreise im Juli

An den Tankstellen der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden im Juli die Preise um bis zu 5 % reduziert. Die Benzinpreise sind jedoch noch um ein Fünftel höher als vor einem Jahr. Für 100 l Heizöl bezahlte der Verbraucher im Juli durchschnittlich 39,62 DM. Das sind fast 3 % weniger als im Vormonat, aber ein Viertel mehr als vor Jahresfrist.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juli 1989		
Indexbezeichnung	1980 = 100	Veränderung zu Juli 1988 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	120,9	2,9
Bekleidung, Schuhe	125,4	1,5
Wohnungsmieten	136,6	3,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	106,7	3,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	124,0	1,7
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	130,2	4,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	127,7	4,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	121,2	1,0
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	141,0	2,8
Gesamtlebenshaltung	126,2	3,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,8	3,0
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	127,3	2,8
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern		
Gesamtlebenshaltung	126,2	3,4

Die Preise für Textil- und Lederwaren sowie industrielle Produkte blieben weitgehend unverändert oder gaben geringfügig nach. Kräftige Preissenkungen verzeichneten Kartoffeln aus neuer Ernte, Tomaten, China-kohl, Blumenkohl, Zwiebeln und Bananen. Ebenfalls günstiger als im Juni wurden Tiefkühlartikel wie Fisch-filet und Spinat sowie Markenbutter und Bohnenkaffee angeboten. he

Was bringt die Ernte 1989 ?

Die in diesem Jahr weit in den Juni hineinreichende Trockenheit blieb für etliche landwirtschaftliche Kulturen insbesondere auf leichteren Böden nicht ohne Folgen, wobei die Sommerungen stärker darunter litten als die Winterungen. So werden vor allem die Hektarerträge von Sommergerste und Hafer unter dem Vorjahresergebnis bleiben. Dagegen dürften Wintergerste, Roggen und Winterweizen kaum schlechtere Erträge bringen. Bei einer Einschränkung der Getreidefläche um 2 % wird die hohe Vorjahresernte von 1,56 Mill. t voraussichtlich um 5 bis 8 % unterschritten.

Die später reifenden Feldfrüchte, Hülsenfrüchte, Mais, Rüben und Kartoffeln waren im Juli zwar nicht alle gut, aber auf geeigneten Standorten doch weitgehend normal entwickelt. Gute Erträge gab es bisher bei den Frühkartoffeln und scheint es auch beim Winterraps zu geben. Bei der Heuernte konnte witterungsbedingt eine hervorragende Qualität erzielt werden, hinsichtlich der Menge müssen jedoch Abstriche gemacht werden.

Ungünstiges Blütewetter beeinträchtigte die bisherige Obsternte. Um rund 35 % niedriger als 1988 lag die diesjährige Sauerkirschenernte im Marktoftbau. Auch bei den noch zur Ernte anstehenden Obstarten werden zumindest leichtere Einbußen hinzunehmen sein.

Dafür können die Gemüsebauern zufrieden sein. Bei anspruchsvolleren Kulturen war aber auch hier selbst bei intensiver Beregnung das Defizit in der Wasserbilanz nicht voll auszugleichen.

Den Reben hat die zeitweilige Trockenheit kaum etwas ausgemacht. Bei nach wie vor erfreulichem Wachstumsstand kommt ein im Vergleich zum Vorjahr ausnahmslos guter Traubenansatz zur Entwicklung. Es kann daher mit überdurchschnittlich hohen Hektarerträgen gerechnet werden. Allerdings dürfte die Gesamterntemenge aufgrund der mittlerweile großflächig aufgetretenen Hagelschäden wohl geringer ausfallen als es der gute Zustand der nicht geschädigten Anlagen vermuten läßt. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 191

kurz + aktuell

Landwirtschaftliche Grundstücke erneut billiger Hektarpreis schwankt zwischen 6 800 DM (Kreis Kusel) und 81 200 DM (Kreis Ludwigshafen)

Im Jahre 1988 wechselten in Rheinland-Pfalz 5 557 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Mindestgröße von 10 Ar den Eigentümer. Die veräußerte Fläche von insgesamt 3 242 ha hatte einen Wert von 76 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der verkauften Grundstücke leicht zurück (– 1 %), die veräußerte Fläche stieg jedoch um 1,8 %. Der durchschnittliche Kaufwert je Hektar landwirtschaftlicher Fläche ermäßigte sich um 4,2 % auf 23 483 DM. Damit setzte sich die seit 1985 beobachtete rückläufige Preisentwicklung für landwirtschaftlichen Grund und Boden weiter fort. Fast die Hälfte aller Kauffälle betraf Grundstücke von 0,25 bis 1 ha, 37 % lagen in der Größenklasse 0,1 bis 0,25 ha und nur ein Siebtel war größer als 1 ha. Die Flächengröße je Kauffall belief sich im Mittel auf 0,58 ha.

Regional gesehen lagen die durchschnittlichen Hektarerlöse in den Landkreisen Ludwigshafen (81 200 DM), Bad Dürkheim (46 300 DM), Alzey-Worms (40 700 DM) und Mayen-Koblenz (39 200 DM) am höchsten. Hohe Kaufwerte wurden auch in den Landkreisen Germersheim (38 500 DM), Mainz-Bingen (37 300 DM) und Südliche Weinstraße (30 200 DM) erzielt. Am billigsten waren landwirtschaftliche Grundstücke in den Landkreisen Kusel (6 800 DM) und Birkenfeld (8 600 DM) sowie im Westerwaldkreis (10 700 DM) und im Rhein-Hunsrück-Kreis (11 000 DM). br

Traubenansatz in den Weinbergen hervorragend Ernteausschlag durch Hagelschäden

Nach frühzeitiger Blüte, die bis zum 20. Juni in 95 % der Weinbaugemeinden einsetzte und bei ungestörtem Verlauf in fünf bis zehn Tagen abgeschlossen war, kommt nun, zumindest dort, wo die Weinberge von Unwettern verschont blieben, ein ausnahmslos guter Traubenansatz zur Entwicklung. Er ist deutlich besser als in den letzten Jahren, so daß mit überdurchschnittlich hohen Hektarerträgen zu rechnen ist. Die Gesamterntemenge wird allerdings aufgrund großflächig aufgetretener Hagelschäden, die teilweise 100 % der normalerweise zu erwartenden Ernte vernichteten, voraussichtlich geringer ausfallen als es der gute Zustand der nicht geschädigten Anlagen vermuten läßt. Zur guten Qualität fehlt den Winzern nur noch weiterhin sonnige Witterung mit einigen nächtlichen Niederschlägen. hü

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

Amtliches Wahlergebnis und repräsentative Wahlstatistik.

Das amtliche Ergebnis der Europawahl am 18. Juni 1989 wurde von den Wahlvorständen der 4 906 Wahlbezirke und den bei den Kreisverwaltungen und Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Städte eingesetzten 370 Briefwahlvorständen ermittelt, von den 36 Kreis- und Stadtwahlausschüssen und dem Landeswahlausschuß überprüft und festgestellt.

Durch ein Zufallsauswahlverfahren waren 78 Wahlbezirke bestimmt, in denen anhand der Wählerverzeich-

nisse die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht und zehn Altersgruppen ermittelt wurde. In einer auf 202 Wahlbezirke erweiterten Stichprobe, das entspricht etwa 5 % der Wahlberechtigten, sind außerdem die auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen, jeweils nach Männern und Frauen und fünf Altersgruppen, festgestellt worden. In diesen Wahlbezirken wurden an die Wähler Stimmzettel mit Unterscheidungsmerkmalen ausgegeben. Die Auszählung dieser Stimmzettel erfolgte im Statistischen Landesamt. Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu beachten, daß wegen der Wahrung des Wahlgeheimnisses Briefwähler nicht in die Stichprobe einbezogen werden und dementsprechend auch nicht in den Zahlen der repräsentativen Wahlstatistik enthalten sind.

Ergebnisse der Europawahlen 1989 und 1984 und der Bundestagswahl 1987
in den Ländern und im Bundesgebiet (ohne Berlin)

Land	Wahl	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
			CDU/CSU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
		%						
Schleswig-Holstein	E 1989	58,4	36,4	44,4	6,7	5,3	4,6	2,6
	E 1984	57,5	44,4	39,9	8,2	4,5	–	3,0
	B 1987	84,4	41,9	39,8	8,0	9,4	–	0,8
Hamburg	E 1989	56,5	31,5	41,9	11,5	6,2	6,0	3,1
	E 1984	58,4	36,6	42,0	12,7	4,9	–	3,8
	B 1987	83,0	37,4	41,2	11,0	9,6	–	0,7
Niedersachsen	E 1989	63,2	35,9	42,0	8,4	5,8	4,8	3,1
	E 1984	61,0	43,0	40,5	8,2	4,9	–	3,3
	B 1987	85,0	41,5	41,4	7,4	8,8	–	0,8
Bremen	E 1989	58,7	23,3	46,4	13,8	7,0	4,5	5,1
	E 1984	55,1	31,0	48,0	11,9	4,5	–	4,6
	B 1987	82,7	28,9	46,5	14,5	8,8	–	1,3
Nordrhein-Westfalen	E 1989	62,3	35,7	43,6	7,9	5,7	4,1	3,0
	E 1984	59,4	42,8	41,7	8,0	4,2	–	3,2
	B 1987	85,4	40,1	43,2	7,5	8,4	–	0,9
Hessen	E 1989	60,2	33,3	40,5	9,9	5,5	6,5	4,4
	E 1984	58,9	41,4	41,8	7,8	5,0	–	4,0
	B 1987	85,7	41,3	38,7	9,4	9,1	–	1,4
Rheinland-Pfalz	E 1989	77,2	38,7	40,2	7,3	5,7	4,6	3,4
	E 1984	76,3	46,6	38,6	6,6	5,0	–	3,2
	B 1987	86,7	45,1	37,1	7,5	9,1	–	1,3
Baden-Württemberg	E 1989	58,4	39,3	29,1	10,0	7,2	8,7	5,8
	E 1984	48,2	50,9	27,3	10,1	7,1	–	4,6
	B 1987	83,1	46,7	29,3	10,0	12,0	–	2,1
Bayern	E 1989	61,1	45,4	24,2	7,8	4,0	14,6	4,0
	E 1984	46,2	57,2	27,6	6,8	4,0	–	4,5
	B 1987	81,7	55,1	27,0	7,7	8,1	–	2,1
Saarland	E 1989	78,9	34,5	45,3	6,2	4,8	5,8	3,4
	E 1984	78,4	42,6	43,6	6,6	3,9	–	3,4
	B 1987	87,3	41,2	43,5	7,1	6,9	–	1,3
Bundesgebiet (ohne Berlin)	E 1989	62,3	37,8	37,3	8,4	5,6	7,1	3,7
	E 1984	56,8	45,9	37,4	8,2	4,8	–	3,7
	B 1987	84,3	44,3	37,0	8,3	9,1	–	1,4

Europawahl erfolgte nach innerstaatlichem Recht

Auch die dritte Direktwahl des Europäischen Parlaments erfolgte nicht nach einem einheitlichen, für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften geltenden Wahlrecht, sondern nach nationalen Wahlgesetzen.

Durch den Beitritt von Portugal und Spanien hat sich die Anzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments von 434 auf 518 erhöht. Davon entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich (Großbritannien) je 81, auf Spanien 60, auf die Niederlande 25, auf Belgien, Griechenland und Portugal je 24, auf Dänemark 16, auf Irland 15 und auf Luxemburg sechs Abgeordnete. Sie werden auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Von den 81 Abgeordneten der Bundesrepublik werden 78 direkt und drei vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Europawahl nach den Grundsätzen einer Verhältniswahl mit starren Listen. Die Wahlvorschläge können als Landes- oder als Bundeslisten von den politischen Parteien und sonstigen mitgliedschaftlich organisierten Vereinigungen, sofern sie auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichtet sind, eingereicht werden.

21 Wahlvorschläge zugelassen

Bei der Abstimmung am 18. Juni 1989 standen folgende Parteien zur Wahl:

- 1. Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU
- 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD
- 3. DIE GRÜNEN GRÜNE
- 4. Freie Demokratische Partei F.D.P.
- 5. Deutsche Zentrumspartei ZENTRUM

Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Europawahlen 1989 und 1984 und der Bundestagswahl 1987 (Repräsentativergebnis)

Wahl	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf						Von 100 Stimmen waren ungültig
	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Son- stige	
Insgesamt							
E 1989	38,6	40,7	7,1	5,7	4,5	3,3	2,3
E 1984	46,8	38,5	6,7	4,8	–	3,2	3,8
B 1987	45,4	37,5	7,0	8,8	–	1,4	1,2
Männer							
E 1989	36,7	40,4	7,2	5,5	6,4	3,6	2,2
E 1984	45,4	38,8	7,5	5,2	–	3,1	4,2
B 1987	43,8	38,0	7,2	9,2	–	1,8	1,1
Frauen							
E 1989	40,4	40,9	7,1	5,9	2,8	2,9	2,4
E 1984	48,1	38,2	6,0	4,6	–	3,2	3,4
B 1987	46,9	36,9	6,8	8,4	–	0,9	1,3

- 6. Ökologisch-Demokratische Partei ÖDP
- 7. Die Mündigen Bürger Mündige Bürger
- 8. Bayernpartei BP
- 9. Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale BSA
- 10. Christliche Liga LIGA
- 11. Christliche Mitte CM
- 12. Deutsche Kommunistische Partei DKP
- 13. DEUTSCHE SOLIDARITÄT Union für Umwelt- und Lebensschutz ÖKO-UNION
- 14. Deutsche Volksunion – Liste D DVU
- 15. DIE REPUBLIKANER REP
- 16. Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei FAP
- 17. Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie
- 18. Humanistische Partei HP
- 19. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands MLPD
- 20. Neues Bewußtsein die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands Bewußtsein
- 21. Patrioten für Deutschland Patrioten

Während die CDU mit einer Landesliste auftrat, waren die übrigen Parteien in Rheinland-Pfalz mit Bundeslisten vertreten.

Wahlberechtigung erstmals auch für "Auslandsdeutsche"

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des Europawahlgesetzes oder in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wählen dürfen auch Deutsche, die als Angehörige des öffentlichen Dienstes auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Wahlgebietes leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 waren auch diejenigen Deutschen wahlberechtigt, die am Wahltag entweder in den Gebieten der übrigen 20 Mitgliedstaaten des Europarates oder nicht länger als zehn Jahre in einem anderen Staat leben, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Wahlgebiet gewohnt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben. Deutsche in den Gebieten des Europarates, die an der Wahl teilnehmen wollen, dürfen das Wahlgebiet erst nach dem 23. Mai 1949 verlassen haben.

Jeder Wahlberechtigte hatte bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der er eine der Listen auf dem amtlichen Stimmzettel kennzeichnen konnte.

Ergebnisse der Europawahl 1989 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	Wahl- be- rechtigte	Wähler	Wahl- betei- ligung	Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
						CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	DVU	REP	Son- stige
	Anzahl		%	Anzahl		%						
Kreisfreie Stadt Koblenz	87 089	61 486	70,6	60 690	98,7	40,6	39,1	7,9	6,0	1,1	3,5	1,8
Landkreise												
Ahrweiler	89 869	68 548	76,3	67 192	98,0	53,2	28,2	6,1	6,3	0,8	3,1	2,3
Altenkirchen (Ww.)	95 759	76 117	79,5	74 640	98,1	41,9	41,3	5,7	5,8	0,8	2,9	1,5
Bad Kreuznach	115 352	89 508	77,6	87 705	98,0	33,1	45,3	7,3	6,9	1,8	3,9	1,7
Birkenfeld	69 513	52 098	74,9	51 089	98,1	32,2	47,8	5,9	7,2	1,4	3,9	1,6
Cochem-Zell	49 156	41 482	84,4	39 943	96,3	56,1	27,4	5,9	4,6	1,0	3,4	1,7
Mayen-Koblenz	150 478	116 155	77,2	113 913	98,1	43,7	40,5	6,2	4,6	0,8	2,7	1,4
Neuwied	126 184	96 065	76,1	94 496	98,4	39,7	42,4	6,5	5,5	1,0	3,2	1,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	71 536	58 431	81,7	57 284	98,0	42,5	37,7	6,9	7,8	0,9	2,7	1,6
Rhein-Lahn-Kreis	94 011	73 013	77,7	71 683	98,2	35,0	46,1	6,5	5,4	1,4	3,8	1,8
Westerwaldkreis	135 374	107 509	79,4	105 189	97,8	43,3	39,1	6,3	5,2	1,1	3,4	1,7
RB Koblenz	1 084 321	840 412	77,5	823 824	98,0	41,5	40,1	6,5	5,8	1,1	3,3	1,7
Kreisfreie Stadt Trier	76 554	52 252	68,3	51 477	98,5	40,9	39,3	9,8	4,6	1,1	2,8	1,5
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	85 504	67 389	78,8	65 012	96,5	48,2	31,0	6,6	6,6	1,1	4,8	1,8
Bitburg-Prüm	71 286	57 453	80,6	55 051	95,8	51,1	32,7	5,9	4,6	1,0	2,5	2,2
Daun	46 315	37 215	80,4	36 032	96,8	54,7	29,2	5,4	4,7	1,1	2,6	2,3
Trier-Saarburg	99 986	82 069	82,1	79 279	96,6	45,3	37,8	6,8	3,8	1,0	3,3	1,9
RB Trier	379 645	296 378	78,1	286 851	96,8	47,5	34,4	6,9	4,9	1,1	3,3	1,9
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	34 654	25 640	74,0	25 120	98,0	36,4	41,0	7,2	5,5	1,5	6,6	1,8
Kaiserslautern	75 232	51 375	68,3	50 478	98,3	30,5	45,7	7,9	5,9	1,7	6,4	1,9
Landau i. d. Pfalz	29 017	21 608	74,5	21 239	98,3	37,1	37,3	9,7	6,6	2,1	4,9	2,4
Ludwigshafen a. Rhein	114 740	77 688	67,7	76 619	98,6	31,2	47,5	7,2	4,1	2,1	6,5	1,4
Mainz	133 388	95 952	71,9	94 746	98,7	33,4	37,2	12,5	7,0	1,6	5,8	2,5
Neustadt a. d. Weinstr.	40 780	31 405	77,0	30 802	98,1	39,9	35,9	8,5	6,3	1,6	5,4	2,3
Pirmasens	39 359	25 986	66,0	25 380	97,7	33,1	47,5	5,8	3,9	3,2	4,9	1,7
Speyer	34 449	24 548	71,3	24 074	98,1	34,5	40,7	9,1	5,2	1,4	5,5	3,7
Worms	58 429	41 273	70,6	40 509	98,1	30,4	45,3	8,3	4,9	2,2	7,4	1,6
Zweibrücken	27 361	19 237	70,3	18 831	97,9	28,9	46,6	5,8	6,6	2,4	5,7	4,1
Landkreise												
Alzey-Worms	79 320	65 211	82,2	63 659	97,6	27,5	46,7	8,2	6,2	2,8	7,0	1,7
Bad Dürkheim	97 062	77 248	79,6	75 708	98,0	34,8	41,6	7,8	6,7	1,7	5,6	1,7
Donnersbergkreis	52 775	43 060	81,6	41 982	97,5	27,3	48,9	7,2	6,9	2,3	5,5	1,9
Germersheim	79 151	63 939	80,8	62 398	97,6	39,9	36,1	7,5	5,4	1,0	7,0	3,1
Kaiserslautern	76 584	62 574	81,7	61 135	97,7	36,1	43,2	6,3	4,6	1,7	6,2	1,9
Kusel	60 720	48 262	79,5	47 051	97,5	24,5	54,1	6,5	3,9	1,5	7,9	1,6
Südliche Weinstraße	77 569	64 670	83,4	62 662	96,9	40,7	34,5	7,7	6,7	2,3	5,6	2,4
Ludwigshafen	104 624	84 393	80,7	82 830	98,1	37,4	40,3	7,5	5,7	1,4	5,9	1,7
Mainz-Bingen	129 737	103 447	79,7	101 380	98,0	34,6	39,8	9,7	7,0	2,1	5,0	1,8
Pirmasens	79 937	67 150	84,0	64 884	96,6	41,9	36,2	5,8	5,9	2,2	5,8	2,2
RB Rheinhessen-Pfalz	1 424 888	1 094 666	76,8	1 071 487	97,9	34,3	41,8	8,1	5,8	1,9	6,0	2,1
Rheinland-Pfalz	2 888 854	2 231 456	77,2	2 182 162	97,8	38,7	40,2	7,3	5,7	1,5	4,6	1,9
Kreisfreie Städte	751 052	528 450	70,4	519 965	98,4	34,7	41,7	8,8	5,6	1,7	5,4	2,1
Landkreise	2 137 802	1 703 006	79,7	1 662 197	97,6	40,0	39,7	6,9	5,8	1,4	4,4	1,8

Sitzverteilung nach dem Verfahren der mathematischen Proportion

Bei der Europawahl kam ebenso wie schon bei der Bundestagswahl 1987 sowohl bei der Verteilung der Sitze auf die Parteien als auch bei der Unterverteilung der von einer Partei im Wahlgebiet errungenen Sitze auf Landeslisten anstelle des Höchstzahlverfahrens nach d'Hondt das Verfahren der mathematischen Proportion (Niemeyer) zur Anwendung. Bei der Sitzverteilung werden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens 5 % der gültigen Stimmen erreicht haben.

Wahlbeteiligung deutlich über dem Bundesdurchschnitt

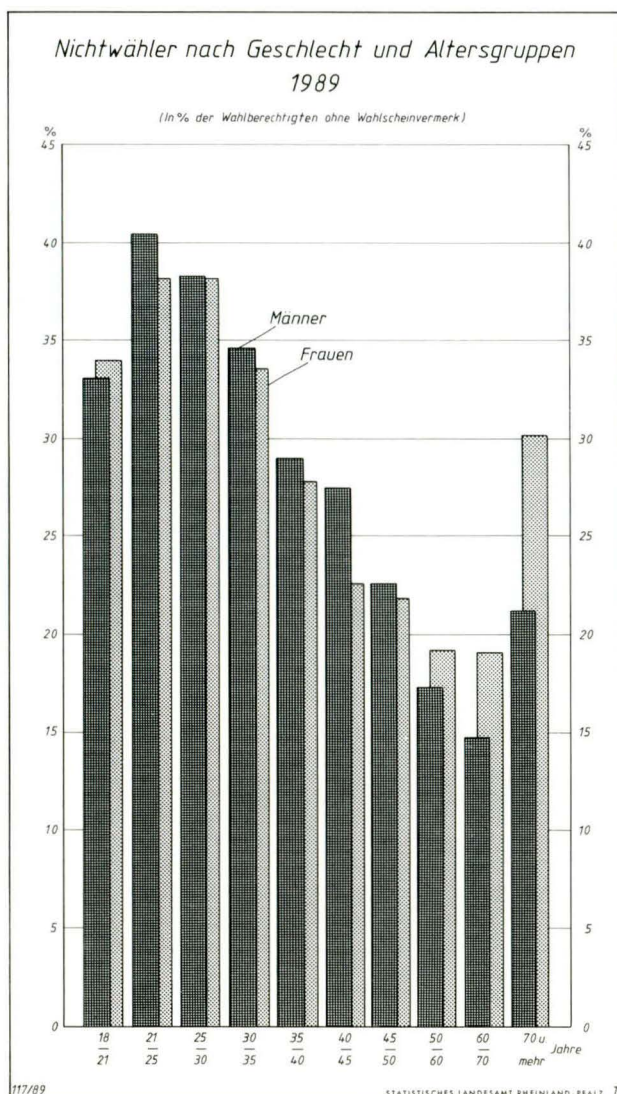
Am 18. Juni 1989 waren in Rheinland-Pfalz 2 888 854 Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme zum Europäischen Parlament abzugeben. Von ihrem Wahlrecht machten 2 231 456 Bürgerinnen und Bürger Gebrauch, was einer Wahlbeteiligung von 77,2 % entspricht. Die Wahlbeteiligung lag damit auch bei der Europawahl 1989 wieder weit über dem Bundesdurchschnitt von 62,3 %. Eine höhere Wahlbeteiligung wies nur das Saar-

land mit 78,9 % aus. Es ist davon auszugehen, daß auch dort die gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen mehr Wähler an die Urnen gebracht haben als in den anderen Bundesländern.

Von den rheinland-pfälzischen Landkreisen hatte der Landkreis Cochem-Zell mit 84,4 % die höchste, der Landkreis Birkenfeld mit 74,9 % die niedrigste Wahlbeteiligung. In den kreisfreien Städten gingen zwischen 77 % (Neustadt an der Weinstraße) und 66 % (Pirmasens) der Wahlberechtigten zur Abstimmung.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik war die Wahlbeteiligung der Männer mit 73,5 % um 0,5 Prozentpunkte höher als die der Frauen (73 %). In den einzelnen Altersgruppen gab es allerdings teilweise erhebliche Unterschiede. Im Alter zwischen 21 und 45 Jahren beteiligten sich prozentual mehr Frauen als Männer an der Wahl, während bei den über 60jährigen Männern die Wahlbeteiligung mit 82,7 % deutlich höher als bei den Frauen (75,6 %) lag.

Die 21- bis 25jährigen verzeichneten die niedrigste Wahlbeteiligung. In dieser Altersgruppe wählten nur 59,6 % der Männer und 61,9 % der Frauen. Dagegen waren die 18- bis 21jährigen mit 66,3 % etwas wahlfreudiger, aber auch hier errechnet sich eine um 6,9 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt liegende Wahlbeteiligung. Mit zunehmendem Alter zeigt sich ein wachsendes Interesse an der Wahl. Bei den 40- bis 45jährigen Frauen und den 45- bis 50jährigen Männern war bereits eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung festzustellen. Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 85,3 % die 60- bis 70jährigen Männer zu verzeichnen. Sie lag in dieser Altersgruppe um 2,3 Prozentpunkte höher als 1984.

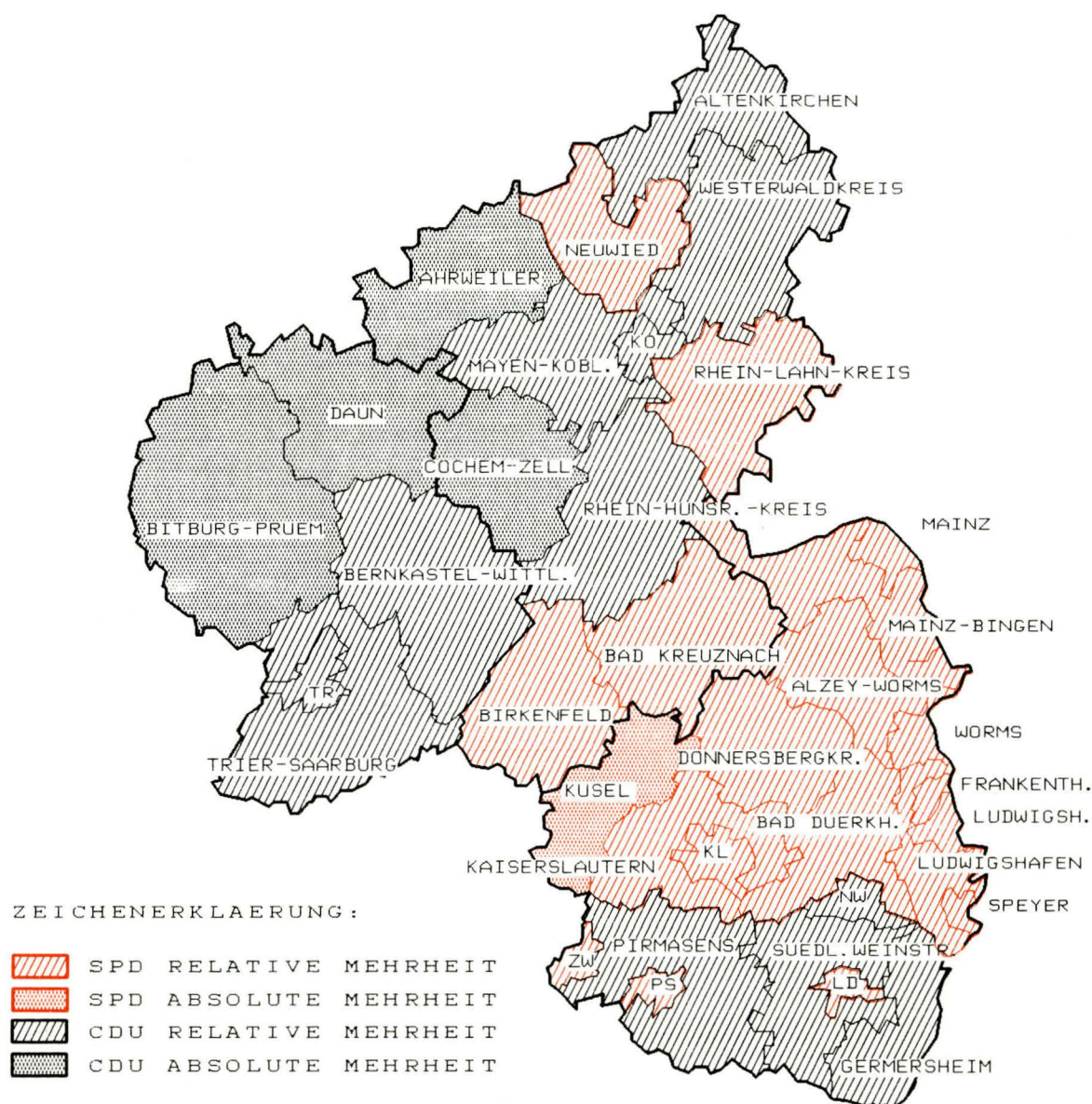


Erheblich weniger ungültige Stimmen

Von den 2 231 456 Wählern gaben 49 294 einen ungültigen Stimmzettel ab. Der Anteil der ungültigen Stimmen von 2,2 % war damit deutlich niedriger als bei der Europawahl 1984. Damals betrug der Anteil 3,9 %. Der Grund für den deutlichen Rückgang der ungültigen Stimmen dürfte unter anderem darin zu suchen sein, daß bei der Europawahl 1984 viele Winzer an der Mosel aus Unzufriedenheit mit der damaligen EG-Agrarpolitik bewußt ungültig gewählt hatten, um damit ihren Protest zu bekunden. Dieses Verhalten hat sich bei der Europawahl 1989 wieder verändert. So waren 1984 in den Landkreisen Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich 15,2 % und 12,4 % ungültige Stimmen gezählt worden, während dies 1989 in den beiden Landkreisen nur noch 3,7 % bzw. 3,5 % waren. Der Anteil der ungültigen Stimmen ist auch unter dem Gesichtspunkt, daß in Rheinland-Pfalz neben der Europawahl noch die Kommunalwahlen stattfanden, bei denen nach einem völlig neuen Wahlrecht gewählt wurde, und die rheinland-pfälzischen Wähler bis zu fünf verschiedene Stimmzettel ausfüllen mußten, verhältnismäßig niedrig. Im Saarland, wo ebenfalls zwei Wahlen stattfanden, lag der Prozentsatz ungültiger Stimmen mit 3,1 % deutlich höher.

In den Verwaltungskreisen des Landes waren erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit ungültiger Stimmen festzustellen. Die relativ meisten nicht gültigen Stimmen

Mehrheitsverhältnisse in den Kreisfreien Städten und Landkreisen bei der Europawahl 1989



128/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

wurden mit 4,2 % im Landkreis Bitburg-Prüm gezählt, mit 3,7 % folgte der Landkreis Cochem-Zell. 3,5 % wies der Landkreis Bernkastel-Wittlich und jeweils 3,4 % die Landkreise Pirmasens und Trier-Saarburg aus. Die wenigsten ungültigen Stimmen wurden erwartungsgemäß in den kreisfreien Städten registriert. Hier waren zusätzlich zur Europawahl nur ein, in der Pfalz zwei Stimmzettel für die Kommunalwahlen auszufüllen. Das beste Ergebnis wurde mit jeweils 1,3 Prozent in Koblenz und Mainz erreicht. Mit 1,4 % folgt Ludwigshafen.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik wurden von den 25- bis 35jährigen die relativ wenigsten ungültigen Stimmzettel (1,3 %) abgegeben. Bei den

18- bis 25jährigen betrug der Anteil 1,6 %. Ab der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen nahm der Anteil der ungültigen Stimmen mit steigendem Lebensalter zu. Bei den über 60jährigen betrug die Anzahl der ungültigen Stimmen 3,4 %. Dies deutet darauf hin, daß die älteren Bürger wegen der Vielzahl der Stimmzettel eher Probleme beim Ausfüllen der Stimmzettel hatten. Die Frauen wählten mit 2,4 % in gering höherem Maße ungültig als die Männer (2,2 %). Dies gilt für fast alle untersuchten Altersgruppen mit Ausnahme der 35- bis 45jährigen, bei denen der Anteil der Frauen mit 1,4 % geringfügig niedriger war als bei den Männern (1,6 %) und der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen, bei denen der Anteil mit 1,3 % die gleiche Höhe hatte.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Altersgruppe	Wahl	Wahl- beteiligung	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf						Von 100 Stimmen waren ungültig
			CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige	
Insgesamt									
18 – 25 Jahre	E 1989	62,6	30,1	39,4	14,1	5,6	5,5	5,2	1,6
	E 1984	62,5	38,1	38,1	15,9	3,6	–	4,3	2,8
	B 1987	78,8	37,7	36,7	14,2	9,3	–	2,1	0,9
25 – 35 "	E 1989	63,8	28,7	41,8	15,7	5,0	5,0	3,7	1,3
	E 1984	64,1	38,7	39,5	14,0	4,0	–	3,8	3,3
	B 1987	81,3	37,4	38,6	14,9	7,6	–	1,6	0,9
35 – 45 "	E 1989	73,2	34,5	42,8	9,2	6,0	4,6	2,9	1,5
	E 1984	74,6	48,3	37,7	6,0	5,2	–	2,7	3,7
	B 1987	87,4	44,2	36,9	7,7	10,1	–	1,0	0,7
45 – 60 "	E 1989	80,5	42,4	40,7	3,2	6,3	4,5	2,7	2,5
	E 1984	80,9	48,8	39,7	3,1	5,3	–	3,0	4,4
	B 1987	90,5	47,7	38,0	3,4	9,6	–	1,2	1,3
60 und mehr "	E 1989	78,5	47,1	39,1	1,5	5,4	3,8	2,9	3,4
	E 1984	79,0	52,8	37,2	2,2	5,2	–	2,8	3,9
	B 1987	87,6	52,6	36,8	1,8	7,6	–	1,3	1,8
Zusammen	E 1989	73,2	38,6	40,7	7,1	5,7	4,5	3,3	2,3
	E 1984	73,7	46,8	38,5	6,7	4,8	–	3,2	3,8
	B 1987	86,0	45,4	37,5	7,0	8,8	–	1,4	1,2
Männer									
18 – 25 Jahre	E 1989	61,9	31,5	36,9	12,8	5,5	7,3	5,8	1,5
	E 1984	64,0	39,8	37,6	15,6	3,6	–	3,5	3,0
	B 1987	78,2	38,8	36,2	13,2	9,5	–	2,3	0,8
25 – 35 "	E 1989	63,5	29,1	40,9	14,7	4,9	6,6	3,8	1,3
	E 1984	63,4	38,1	39,0	15,4	4,3	–	3,1	3,7
	B 1987	81,5	37,3	38,9	14,4	7,7	–	1,7	0,8
35 – 45 "	E 1989	71,8	33,4	42,0	9,3	5,7	6,3	3,1	1,6
	E 1984	73,4	47,2	38,2	6,6	5,3	–	2,6	4,3
	B 1987	87,0	42,8	37,9	7,9	10,1	–	1,3	0,7
45 – 60 "	E 1989	81,0	40,5	41,4	3,1	5,9	6,1	2,8	2,5
	E 1984	81,4	48,0	40,1	3,1	5,8	–	3,0	4,8
	B 1987	91,0	46,1	38,9	3,2	10,1	–	1,6	1,2
60 und mehr "	E 1989	82,7	43,4	39,4	1,6	5,4	6,2	3,8	3,3
	E 1984	81,6	49,9	37,9	2,7	5,9	–	3,5	4,5
	B 1987	91,0	50,0	37,5	2,1	8,3	–	2,1	1,7
Zusammen	E 1989	73,5	36,7	40,4	7,2	5,5	6,4	3,6	2,2
	E 1984	73,8	45,4	38,8	7,5	5,2	–	3,1	4,2
	B 1987	86,6	43,8	38,0	7,2	9,2	–	1,8	1,1
Frauen									
18 – 25 Jahre	E 1989	63,4	28,6	42,2	15,5	5,7	3,5	4,5	1,6
	E 1984	60,9	36,3	38,6	16,2	3,7	–	5,2	2,6
	B 1987	79,6	36,4	37,3	15,4	9,1	–	1,7	1,1
25 – 35 "	E 1989	64,1	28,4	42,7	16,9	5,2	3,3	3,6	1,3
	E 1984	64,8	39,3	40,0	12,5	3,7	–	4,5	2,8
	B 1987	81,0	37,4	38,3	15,5	7,4	–	1,4	1,0
35 – 45 "	E 1989	74,6	35,6	43,6	9,1	6,3	2,7	2,7	1,4
	E 1984	75,9	49,4	37,2	5,4	5,2	–	2,8	3,1
	B 1987	87,9	45,7	36,0	7,5	10,0	–	0,8	0,8
45 – 60 "	E 1989	80,0	44,3	40,0	3,4	6,7	2,8	2,7	2,6
	E 1984	80,4	49,7	39,3	3,1	4,9	–	2,9	3,9
	B 1987	90,1	49,3	37,1	3,6	9,2	–	0,8	1,4
60 und mehr "	E 1989	75,6	49,7	38,8	1,5	5,4	2,2	2,3	3,6
	E 1984	77,4	54,6	36,7	1,8	4,7	–	2,3	3,6
	B 1987	85,5	54,3	36,3	1,6	7,1	–	0,7	1,9
Zusammen	E 1989	73,0	40,4	40,9	7,1	5,9	2,8	2,9	2,4
	E 1984	73,7	48,1	38,2	6,0	4,6	–	3,2	3,4
	B 1987	85,5	46,9	36,9	6,8	8,4	–	1,0	1,3

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Veränderung in Prozentpunkten

Altersgruppe	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige	Ungültig
Veränderung gegenüber der Europawahl 1984								
Insgesamt								
18 - 25 Jahre	+ 0,1	- 8,0	+ 1,3	- 1,8	+ 2,0	+ 5,5	+ 0,9	- 1,2
25 - 35 "	- 0,3	- 10,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,0	+ 5,0	- 0,1	- 2,0
35 - 45 "	- 1,4	- 13,8	+ 5,1	+ 3,2	+ 0,8	+ 4,6	+ 0,2	- 2,2
45 - 60 "	- 0,4	- 6,4	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 4,5	- 0,3	- 1,9
60 und mehr "	- 0,5	- 5,7	+ 1,9	- 0,7	+ 0,2	+ 3,8	+ 0,1	- 0,5
Zusammen	- 0,5	- 8,2	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 4,5	+ 0,1	- 1,5
Männer								
18 - 25 Jahre	- 2,1	- 8,3	- 0,7	- 2,8	+ 1,9	+ 7,3	+ 2,3	- 1,5
25 - 35 "	+ 0,1	- 9,0	+ 1,9	- 0,7	+ 0,6	+ 6,6	+ 0,7	- 2,4
35 - 45 "	- 1,6	- 13,8	+ 3,8	+ 2,7	+ 0,4	+ 6,3	+ 0,5	- 2,7
45 - 60 "	- 0,4	- 7,5	+ 1,3	0,0	+ 0,1	+ 6,1	- 0,2	- 2,3
60 und mehr "	+ 1,1	- 6,5	+ 1,5	- 1,1	- 0,5	+ 6,2	+ 0,3	- 1,2
Zusammen	- 0,3	- 8,7	+ 1,6	- 0,3	+ 0,3	+ 6,4	+ 0,5	- 2,0
Frauen								
18 - 25 Jahre	+ 2,5	- 7,7	+ 3,6	- 0,7	+ 2,0	+ 3,5	- 0,7	- 1,0
25 - 35 "	- 0,7	- 10,9	+ 2,7	+ 4,4	+ 1,5	+ 3,3	- 0,9	- 1,5
35 - 45 "	- 1,3	- 13,8	+ 6,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,7	- 0,1	- 1,7
45 - 60 "	- 0,4	- 5,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,8	- 0,2	- 1,3
60 und mehr "	- 1,8	- 4,9	+ 2,1	- 0,3	+ 0,7	+ 2,2	0,0	0,0
Zusammen	- 0,7	- 7,7	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,8	- 0,3	- 1,0
Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 1987								
Insgesamt								
18 - 25 Jahre	- 16,2	- 7,6	+ 2,7	- 0,1	- 3,7	+ 5,5	+ 3,1	+ 0,7
25 - 35 "	- 17,5	- 8,7	+ 3,2	+ 0,8	- 2,6	+ 5,0	+ 2,1	+ 0,4
35 - 45 "	- 14,2	- 9,7	+ 5,9	+ 1,5	- 4,1	+ 4,6	+ 1,9	+ 0,8
45 - 60 "	- 10,0	- 5,3	+ 2,7	- 0,2	- 3,3	+ 4,5	+ 1,5	+ 1,2
60 und mehr "	- 9,1	- 5,5	+ 2,3	- 0,3	- 2,2	+ 3,8	+ 1,6	+ 1,6
Zusammen	- 12,8	- 6,8	+ 3,2	+ 0,1	- 3,1	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,1
Männer								
18 - 25 Jahre	- 16,3	- 7,3	+ 0,7	- 0,4	- 4,0	+ 7,3	+ 3,5	+ 0,7
25 - 35 "	- 18,0	- 8,2	+ 2,0	+ 0,3	- 2,8	+ 6,6	+ 2,1	+ 0,5
35 - 45 "	- 15,2	- 9,4	+ 4,1	+ 1,4	- 4,4	+ 6,3	+ 1,8	+ 0,9
45 - 60 "	- 10,0	- 5,6	+ 2,5	- 0,1	- 4,2	+ 6,1	+ 1,2	+ 1,3
60 und mehr "	- 8,3	- 6,6	+ 1,9	- 0,5	- 2,9	+ 6,2	+ 1,7	+ 1,6
Zusammen	- 13,1	- 7,1	+ 2,4	0,0	- 3,7	+ 6,4	+ 1,8	+ 1,1
Frauen								
18 - 25 Jahre	- 16,2	- 7,8	+ 4,9	+ 0,1	- 3,4	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,5
25 - 35 "	- 16,9	- 9,0	+ 4,4	+ 1,4	- 2,2	+ 3,3	+ 2,2	+ 0,3
35 - 45 "	- 13,3	- 10,1	+ 7,6	+ 1,6	- 3,7	+ 2,7	+ 1,9	+ 0,6
45 - 60 "	- 10,1	- 5,0	+ 2,9	- 0,2	- 2,5	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2
60 und mehr "	- 9,9	- 4,6	+ 2,5	- 0,1	- 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7
Zusammen	- 12,5	- 6,5	+ 4,0	+ 0,3	- 2,5	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,1

SPD erstmals stärkste Partei im Lande.

Starke Verluste der CDU, geringe Gewinne der GRÜNEN und der F.D.P.

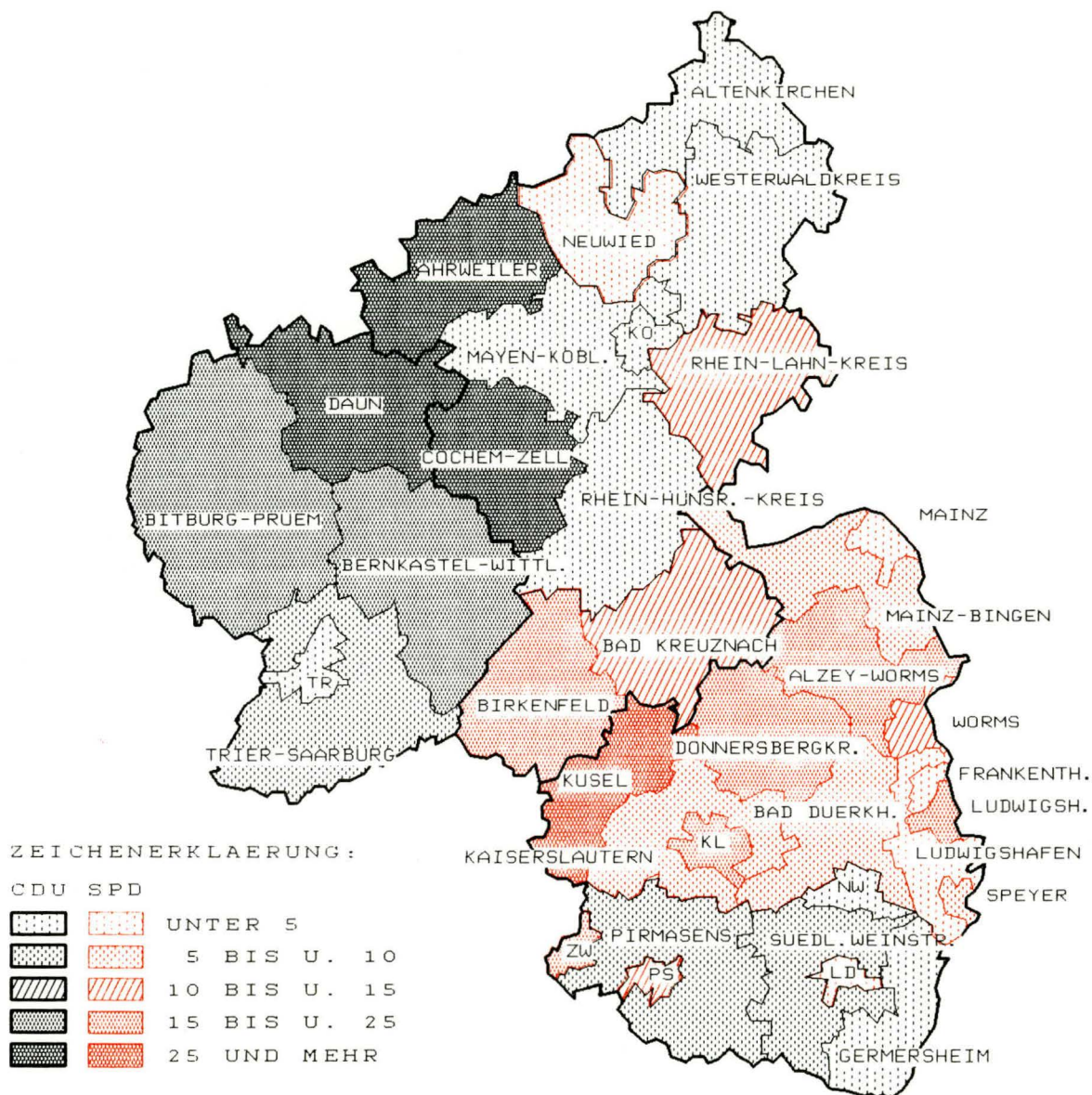
Mit 877 520 Stimmen oder 40,2% der insgesamt abgegebenen 2 182 162 Stimmen wurde die SPD erstmals stärkste Partei in Rheinland-Pfalz. Sie konnte damit ihren Stimmenanteil gegenüber der Europawahl 1984 um 1,6 Prozentpunkte steigern. Die CDU errang 845 263

oder 38,7 % der gültigen Stimmen. Sie verlor gegenüber der Europawahl 1984 insgesamt 7,9 Prozentpunkte. Nach Baden-Württemberg (39,3 %) war dies ihr zweitbestes Ergebnis in einem Bundesland bei der Europawahl 1989, aber ebenso wie auf Bundesebene das schwächste Ergebnis, das die CDU seit 1949 erreicht hat. Der Abstand zur stärksten Partei, der SPD, betrug 32 257 Stimmen. 1984 hatte die CDU noch einen Vorsprung von 167 220 Stimmen.

Mehrheitsverhältnisse in den Verwaltungsbezirken 1984 – 1989
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Verwaltungsbezirk	Europawahl 1989			Europawahl 1984			Bundestagswahl 1987 (Zweitstimmen)		
	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung
		%	%-Punkte		%	%-Punkte		%	%-Punkte
Land									
Rheinland-Pfalz	SPD	40,2	1,5	CDU	46,6	8,0	CDU	45,1	8,0
Regierungsbezirke									
Koblenz	CDU	41,5	1,4	CDU	48,3	11,0	CDU	46,4	9,8
Trier	CDU	47,5	13,1	CDU	56,5	26,3	CDU	52,3	21,9
Rheinhausen-Pfalz	SPD	41,8	7,5	CDU	42,7	1,0	CDU	42,2	3,0
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	SPD	41,0	4,6	SPD	42,8	0,1	CDU	43,1	3,8
Kaiserslautern	SPD	45,7	15,2	SPD	45,4	7,0	SPD	42,8	4,2
Koblenz	CDU	40,6	1,5	CDU	47,8	11,4	CDU	44,3	8,0
Landau i. d. Pfalz	SPD	37,3	0,2	CDU	44,6	8,7	CDU	42,9	7,7
Ludwigshafen am Rhein	SPD	47,5	16,3	SPD	49,6	12,3	SPD	44,5	5,0
Mainz	SPD	37,2	3,8	CDU	41,3	1,6	CDU	39,5	4,7
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	39,9	4,0	CDU	47,9	12,7	CDU	46,4	13,5
Pirmasens	SPD	47,5	14,4	SPD	47,0	4,6	SPD	43,3	1,8
Speyer	SPD	40,7	6,2	CDU	42,0	0,8	CDU	41,8	3,9
Trier	CDU	40,9	1,6	CDU	49,5	12,1	CDU	44,0	7,0
Worms	SPD	45,3	14,9	SPD	47,0	7,4	SPD	44,0	5,9
Zweibrücken	SPD	46,6	17,7	SPD	49,0	13,1	SPD	45,4	8,3
Landkreise									
Ahrweiler	CDU	53,2	25,0	CDU	62,3	38,6	CDU	59,3	36,3
Altenkirchen (Ww.)	CDU	41,9	0,6	CDU	48,8	11,6	CDU	47,0	9,1
Alzey-Worms	SPD	46,7	19,2	SPD	46,5	9,2	SPD	43,6	6,9
Bad Dürkheim	SPD	41,6	6,8	CDU	42,2	0,6	CDU	42,2	3,5
Bad Kreuznach	SPD	45,3	12,2	SPD	43,3	3,1	SPD	42,6	3,5
Bernkastel-Wittlich	CDU	48,2	17,2	CDU	58,1	31,0	CDU	54,2	27,1
Birkenfeld	SPD	47,8	15,6	SPD	46,3	8,3	SPD	44,9	7,3
Bitburg-Prüm	CDU	51,1	18,4	CDU	59,0	32,0	CDU	55,6	28,6
Cochem-Zell	CDU	56,1	28,7	CDU	63,4	39,4	CDU	61,6	38,3
Daun	CDU	54,7	25,5	CDU	63,4	39,5	CDU	61,0	37,3
Donnersbergkreis	SPD	48,9	21,6	SPD	47,7	12,3	SPD	46,1	10,1
Germersheim	CDU	39,9	3,8	CDU	49,7	15,4	CDU	49,3	15,4
Kaiserslautern	SPD	43,2	7,1	CDU	44,0	2,1	CDU	44,4	3,1
Kusel	SPD	54,1	29,6	SPD	54,0	22,6	SPD	53,8	22,1
Ludwigshafen	SPD	40,3	2,9	CDU	46,2	6,6	CDU	46,5	10,5
Mainz-Bingen	SPD	39,8	5,2	CDU	43,9	5,0	CDU	41,5	5,3
Mayen-Koblenz	CDU	43,7	3,2	CDU	50,5	13,1	CDU	47,8	11,1
Neuwied	SPD	42,4	2,7	CDU	46,7	7,2	CDU	43,8	5,3
Pirmasens	CDU	41,9	5,7	CDU	53,7	20,3	CDU	51,6	18,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	42,5	4,8	CDU	49,0	15,6	CDU	46,8	12,9
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	46,1	11,1	SPD	45,8	5,8	SPD	43,6	4,0
Südliche Weinstraße	CDU	40,7	6,2	CDU	51,0	19,1	CDU	49,8	18,0
Trier-Saarburg	CDU	45,3	7,5	CDU	54,7	21,5	CDU	50,2	16,2
Westerwaldkreis	CDU	43,3	4,2	CDU	50,4	14,4	CDU	49,3	13,9
Ausgewählte kreisangehörige Städte									
Andernach	SPD	42,2	1,6	CDU	46,2	5,7	CDU	44,9	6,7
Bad Kreuznach	SPD	42,4	9,0	CDU	40,8	0,5	SPD	41,0	2,1
Bad Neuenahr-Ahrweiler	CDU	53,3	26,4	CDU	60,5	36,1	CDU	59,3	37,0
Bingen am Rhein	CDU	39,8	1,6	CDU	49,4	12,4	CDU	46,9	12,4
Idar-Oberstein	SPD	48,4	16,3	SPD	47,5	10,0	SPD	45,6	8,5
Ingelheim am Rhein	SPD	40,0	6,8	CDU	42,5	2,8	CDU	40,5	5,2
Lahnstein	SPD	42,0	1,9	CDU	43,8	2,0	CDU	43,4	2,8
Mayen	SPD	47,5	9,9	SPD	44,6	0,6	SPD	43,2	1,2
Neuwied	SPD	49,5	17,0	SPD	47,6	8,9	SPD	46,4	10,8

Vorsprung der stärksten Partei vor der zweitstärksten Partei in Prozentpunkten bei der Europawahl 1989



129/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Die GRÜNEN erhielten 7,3 % der Stimmen und konnten sich gegenüber 1984 ebenso wie die F.D.P., die 5,7 % der Stimmen erreichte, um 0,7 Prozentpunkte verbessern. Die REPUBLIKANER, die zum ersten Mal bei einer Wahl in Rheinland-Pfalz antraten, erhielten 101 385 Stimmen, das entspricht 4,6 %. Auf die übrigen 16 Parteien entfielen 3,4 % der Stimmen. Davon hatten mit 32 322 Stimmen (1,5 %) die DVJ und mit 14 084 Stimmen (0,6 %) die ÖDP den stärksten Anteil.

Die CDU konnte ihre besten Ergebnisse in den Landkreisen Cochem-Zell (56,1 %) und Daun (54,7 %) erzielen. Das niedrigste Ergebnis erreichte sie im Landkreis

Kusel (24,5 %). Dort errang die SPD mit 54,1 % ihr bestes Resultat. Die CDU erhielt in 13 von 24 rheinland-pfälzischen Landkreisen mehr Stimmen als die SPD, die ihrerseits in elf Landkreisen besser als die CDU abschnitt.

Deutliche Mehrheiten gab es für die Sozialdemokraten in den kreisfreien Städten. Sie erhielten in neun der zwölf Städte die relative Mehrheit. Die besten Ergebnisse erzielten sie in Ludwigshafen und Pirmasens mit je 47,5 % und in Zweibrücken mit 46,6 %. Die CDU konnte in den Städten Trier (40,9 %), Koblenz (40,6 %) und Neustadt an der Weinstraße (39,9 %) die relative Mehrheit erringen. Das schwächste Votum erhielt die CDU mit

28,9 % in der Stadt Zweibrücken. Während die SPD mit 35,9 % in Neustadt an der Weinstraße ihr niedrigstes Ergebnis erzielte.

Die drittstärkste Partei im Lande, die GRÜNEN, kamen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf mehr als 5 % der gültigen Stimmen. Ihren größten Stimmenanteil erreichten sie mit 12,5 % in Mainz, gefolgt von Landau (9,7 %). In den Landkreisen verzeichneten sie zwischen 9,7 % im Landkreis Mainz-Bingen und 5,4 % im Landkreis Daun.

In 17 der 24 Landkreise und in acht der zwölf kreisfreien Städte wurden für die F.D.P. mehr als 5 % der gültigen Stimmen festgestellt. Ihre Ergebnisse lagen zwischen 7,8 % im Rhein-Hunsrück-Kreis und 3,8 % im Kreis Trier-Saarburg. Unter den kreisfreien Städten war sie in Mainz mit 7 % am erfolgreichsten.

Die REPUBLIKANER, die zum ersten Mal an einer Europawahl teilnahmen, erhielten im Landesdurchschnitt 4,6 % der gültigen Stimmen. Ihre Stimmenanteile schwankten in den einzelnen Landkreisen teilweise sehr stark, den größten Erfolg hatten sie im Landkreis Kusel mit 7,9 %, gefolgt von den Landkreisen Germersheim und Alzey-Worms mit je 7 %. Den niedrigsten Wert erreichten sie im Landkreis Bitburg-Prüm mit 2,5 %. In den kreisfreien Städten bewegten sich die Stimmenanteile zwischen 7,4 % in Worms und 2,8 % in Trier.

Verluste der CDU und Gewinne der SPD und F.D.P. in allen Altersgruppen

Anteil der männlichen Wähler der REPUBLIKANER mehr als doppelt so hoch wie der der Frauen

Nach der repräsentativen Wahlstatistik gaben 36,7 % der Männer ihre Stimme der CDU, 40,4 % der SPD, 5,5 %

der F.D.P. und 7,2 % den GRÜNEN. Die REPUBLIKANER wählten 6,4 % der Männer, während sich nur 2,8 % der Frauen für diese Partei entschieden. 40,4 % der Frauen wählten CDU und 40,9 % SPD. Für die GRÜNEN entschieden sich 7,1 % der weiblichen Wähler und für die F.D.P. 5,9 %.

An den Stimmenverlusten der CDU gegenüber der Europawahl 1984 hatten die männlichen Wähler mit 8,7 Prozentpunkten einen höheren Anteil als die Wählerinnen mit 7,7 Prozentpunkten. Die Gewinne der SPD waren bei den Frauen mit 2,7 Prozentpunkten höher als bei den Männern (1,6 Prozentpunkte). Die GRÜNEN konnten nur bei den Frauen Stimmengewinne erzielen (1,1 Prozentpunkte), während sie bei den Männern ein Minus von 0,3 Prozentpunkten verzeichneten. Die F.D.P. erreichte bei den Männern ein Plus von 0,3 und bei den Frauen von 1,3 Prozentpunkten.

In den verschiedenen Altersgruppen zeigen sich erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten. An den Verlusten der CDU waren alle Altersgruppen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, beteiligt. Die größten Einbußen mußte die CDU mit – 13,8 Prozentpunkten bei den 35- bis 45jährigen hinnehmen. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen liegen die Verluste der CDU mit 10 Prozentpunkten noch erheblich über dem Landesdurchschnitt. Sie sind in dieser Altersgruppe bei den Frauen mit 10,9 Prozentpunkten höher als bei den Männern (– 9). Die geringsten Verluste erlitt die CDU bei den über 60jährigen Frauen (– 4,9).

Die SPD konnte bei den 35- bis 45jährigen Frauen (+ 6,4) ihre stärksten Zugewinne verzeichnen und bei den Männern gleichen Alters 3,8 Prozentpunkte gewinnen. Die geringsten Stimmengewinne konnte die SPD

Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien bei der Europawahl 1989
(Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Wähler	Von 100 gültigen Stimmen der ... entfielen auf vorstehende Altersgruppe					
		CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
Insgesamt							
18 – 25 Jahre	10,9	8,6	10,6	21,7	10,8	13,4	17,6
25 – 35 "	17,5	13,1	18,1	38,9	15,6	19,2	20,0
35 – 45 "	16,2	14,6	17,2	21,1	17,2	16,4	14,6
45 – 60 "	27,9	30,5	27,9	12,6	30,7	27,7	23,3
60 und mehr "	27,5	33,2	26,1	5,8	25,7	23,3	24,5
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer							
18 – 25 Jahre	12,0	10,3	11,0	21,7	12,1	13,8	19,3
25 – 35 "	18,5	14,8	18,9	38,3	16,7	19,0	19,5
35 – 45 "	17,1	15,6	17,8	22,3	17,7	16,9	14,7
45 – 60 "	29,2	32,1	29,8	12,7	31,1	27,9	22,3
60 und mehr "	23,3	27,2	22,4	5,0	22,4	22,4	24,2
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Frauen							
18 – 25 Jahre	9,9	7,1	10,3	21,7	9,7	12,6	15,6
25 – 35 "	16,5	11,7	17,4	39,4	14,7	19,5	20,5
35 – 45 "	15,5	13,8	16,7	19,9	16,7	15,2	14,6
45 – 60 "	26,6	29,2	26,0	12,6	30,4	27,3	24,5
60 und mehr "	31,5	38,3	29,5	6,4	28,6	25,4	24,8
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zahlenverhältnis von Wählern und Wählerinnen nach Altersgruppen bei den Europawahlen 1989 und 1984
und der Bundestagswahl 1987
(Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Wahl	Auf 100 Männer treffen ... Frauen									
		Wahlberechtigte	Wähler	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
18 – 25 Jahre	E 1989	92	89	96	89	80	101	107	91	42	69
	E 1984	91	88	77	88	80	90	91	90	–	134
	B 1987	90	89	118	88	83	91	101	84	–	68
25 – 35 "	E 1989	92	95	92	95	93	99	110	100	47	89
	E 1984	95	96	75	97	100	100	79	83	–	141
	B 1987	93	95	131	95	95	93	102	92	–	75
35 – 45 "	E 1989	97	97	84	97	104	101	95	107	42	84
	E 1984	98	102	74	103	108	100	85	101	–	108
	B 1987	99	99	110	99	106	94	94	98	–	62
45 – 60 "	E 1989	99	98	102	98	107	94	106	111	45	93
	E 1984	102	101	81	102	106	100	102	87	–	99
	B 1987	99	98	111	98	105	93	109	89	–	48
60 und mehr "	E 1989	151	145	158	144	165	142	136	145	52	87
	E 1984	164	156	126	158	173	153	107	124	–	101
	B 1987	160	154	169	154	167	149	114	131	–	54
Insgesamt	E 1989	107	107	118	107	117	108	107	114	46	85
	E 1984	111	111	89	112	118	110	89	98	–	113
	B 1987	109	109	134	108	116	105	102	98	–	60

bei den 45- bis 60jährigen Frauen mit 0,7 Prozentpunkten erzielen. Verluste mußte sie nur bei den 18- bis 25jährigen Männern mit –0,7 Prozentpunkten hinnehmen.

Die F.D.P. verbuchte in allen Altersgruppen Stimmengewinne, mit Ausnahme der über 60jährigen Männer, bei denen sich ein Minus von 0,5 Prozentpunkten ergab. Ihre stärksten Zugewinne hatte die F.D.P. bei den 18- bis 25jährigen Frauen mit 2 Prozentpunkten und den Männern dieses Alters mit 1,9 Prozentpunkten. In dieser Altersgruppe betrugen die Stimmenanteile der F.D.P. bei den Frauen 5,7 % und bei den Männern 5,5 %. Ihre höchsten Stimmenanteile erreichte sie mit 6,3 % bei den 45-bis 60jährigen Wählern.

Die GRÜNEN erreichten in der Altersgruppe der 25-bis 35jährigen Frauen mit + 4,4 Prozentpunkten ihre stärksten Zugewinne, während sie bei den männlichen Wählern dieser Altersgruppe 0,7 Prozentpunkte verloren. Bei den männlichen Wählern erreichten die GRÜNEN Stimmengewinne nur in der Altersgruppe der 35-bis 45jährigen mit 2,7 Prozentpunkten. Große Abweichungen bei den Stimmenanteilen in den einzelnen Altersgruppen waren bei den GRÜNEN festzustellen. Während 15,7 % der 25- bis 35jährigen und 14,1 % der 18- bis 25jährigen die GRÜNEN wählten, verringerten sich mit zunehmendem Alter die Stimmenanteile und erreichten bei den 60 Jahre alten und älteren Wählern mit 1,5 % den niedrigsten Stand.

Die größten Differenzen in den Stimmenanteilen aller Altersgruppen verzeichnete die CDU, deren Wähleranteile ab der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen mit zunehmendem Alter anstiegen. Mit Ausnahme der 18- bis 25jährigen und 25- bis 35jährigen Männer erreichte die CDU in allen Altersgruppen bei den Frauen höhere Anteile als bei den Männern.

Interessant ist auch, daß die SPD, mit Ausnahme der über 45jährigen Frauen in allen Altersgruppen bei den Frauen höhere Stimmenanteile erzielt hat als bei den

Männern. Gering waren die Differenzen der SPD in den fünf Altersgruppen, ihr gaben zwischen 39,1 und 42,8 % der Wähler ihre Stimme.

Die REPUBLIKANER erhielten von den 18- bis 25jährigen Männern mit 7,3 % ihren höchsten Stimmenanteil, von den 60 und mehr Jahre alten Wählerinnen mit 2,2 % den niedrigsten.

Wählerschaft der GRÜNEN jünger als die der übrigen Parteien

Ein Vergleich der Wählerschaft zeigt, daß die CDU unter ihren Wählern mit 8,6 % den geringsten Anteil an Wählern unter 25 Jahren hat. Nur knapp 22 % sind unter 35 Jahre alt, fast 64 % aber älter als 45 Jahre, wobei der Anteil der über 60jährigen gut 33 % beträgt.

Die Altersstruktur der SPD-Wähler entspricht am ehesten dem Durchschnitt aller Wähler. Gut 10 % sind unter 25 Jahre und etwa 29 % unter 35, 45 % zwischen 35 und 60 Jahre und 26 % über 60 Jahre alt.

Von den Wählern der F.D.P. ist der Anteil der unter 35jährigen mit gut 26 % höher als bei der CDU, aber niedriger als bei der SPD. Unter 25 Jahren sind 10,8 %, zwischen 45 und 60 Jahre sind 30 %, älter als 60 Jahre sind gut ein Viertel der Wähler.

Deutlich jünger als bei den anderen im Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Parteien ist die Wählerschaft der GRÜNEN. Fast 22 % sind unter 25 Jahre, gut 60 % unter 35 und nur 5,8 % sind 60 und mehr Jahre alt, knapp über 12 % gehören zur Altersgruppe der 45- bis 60jährigen.

Überdurchschnittlich ist auch der Anteil der jüngeren Wähler bei den REPUBLIKANERN. 13,4 % ihrer Wähler sind unter 25 Jahre und gut 32 % unter 35 Jahre alt. Bei der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen entspricht ihr Anteil mit 16,4 % etwa dem Durchschnitt aller Wähler.

Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei den Europawahlen 1989 und 1984
 und der Bundestagswahl 1987
 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Europawahl 1989			Europawahl 1984			Bundestagswahl 1987		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
18 – 25 Jahre	62,6	61,9	63,4	62,5	64,0	60,9	78,8	78,2	79,6
25 – 35 "	63,8	63,5	64,1	64,1	63,4	64,8	81,3	81,5	81,0
35 – 45 "	73,2	71,8	74,6	74,6	73,4	75,9	87,4	87,0	87,9
45 – 60 "	80,5	81,0	80,0	80,9	81,4	80,4	90,5	91,0	90,1
60 und mehr "	78,5	82,7	75,6	79,0	81,6	77,4	87,6	91,0	85,5
Insgesamt	73,2	73,5	73,0	73,7	73,8	73,7	86,0	86,6	85,5

Dies gilt ebenso für die Altersgruppe der 45- bis 60jährigen mit 27,7 %. Unter dem Durchschnitt aller Wähler liegt ihr Anteil bei der Altersgruppe der über 60jährigen mit 23,3 %.

Überdurchschnittliche Verluste der CDU und starke Gewinne der SPD in den ländlichen Regionen

Eine Untersuchung der politischen und sozialen Struktur in den Verwaltungskreisen zeigt, daß die CDU nach wie vor ihre höchsten Stimmenanteile in ländlich strukturierten Regionen mit geringer Einwohnerdichte hat. Charakteristisch ist dort ein hoher Katholikenanteil und eine überdurchschnittliche Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft bzw. im Weinbau. Besonders ausgeprägt sind diese Merkmale in der Eifel, im Nordwesten des Landes, in den Landkreisen Daun, Ahrweiler, Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg. In diesen Landkreisen hatte die CDU überdurchschnittliche Verluste zu beklagen. Die SPD verbesserte dagegen ihre Stimmenanteile über den Landesdurchschnitt. Verlustschwerpunkte der CDU waren auch die Landkreise Pirmasens (– 11,8 Prozentpunkte), Südliche Weinstraße (– 10,3), Germersheim (– 9,8) und Mainz-Bingen (– 9,3).

In Gebieten mit einem deutlich unterdurchschnittlichen Katholikenanteil und in sechs der zwölf kreisfreien Städte lagen die Verluste der CDU unter dem Landesdurchschnitt. Die SPD konnte in allen Kreisen des Regierungsbezirks Trier, aber auch in fast allen Kreisen des Regierungsbezirks Koblenz überdurchschnittliche Zugewinne verzeichnen, besonders herausragend waren dabei die Landkreise Ahrweiler (+ 4,5 Prozentpunkte), Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 4,3) und Altkirchen (+ 4,1), mußte aber in den kreisfreien Städten Mainz, Ludwigshafen, Zweibrücken, Frankenthal, Worms und Speyer Verluste zwischen 0,6 und 2,5 Prozentpunkten hinnehmen.

Starke Zunahme der Briefwahl

Von den 2 231 456 Wählern machten 398 569 Wahlberechtigte von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Der Anteil der Briefwähler hat sich damit unerwartet stark gegenüber der Europawahl 1984 um 7,1 Prozentpunkte auf 17,9 % erhöht.

Vermutlich ist dieser starke Anstieg bei der Briefwahl auf die gleichzeitig mit der Europawahl stattfindenden Kommunalwahlen zurückzuführen, die erstmals nach einem stark personalisierten Verhältniswahlssystem durchgeführt wurden. Deshalb haben wohl insbesondere ältere Wähler zur besseren Orientierung der Briefwahl den Vorzug gegeben.

Von den 393 997 gültigen Briefwahlstimmen erhielt die CDU 41,7 %, die SPD 35 %, die GRÜNEN 7,9 %, die F.D.P. 6,8 % und die REPUBLIKANER 5 %.

Das Ergebnis der Briefwahl weicht wiederum deutlich vom Ergebnis der Urnenwahl ab. Während die CDU mit einem Anteil von 41,7 % um 3 Prozentpunkte über dem Anteil ihrer Stimmen bei der Urnenwahl lag, blieb die SPD mit – 5,2 Prozentpunkten deutlich darunter. Die F.D.P. schnitt bei der Briefwahl um 1,1, die GRÜNEN um 0,6 und die REPUBLIKANER um 0,4 Prozentpunkte besser ab.

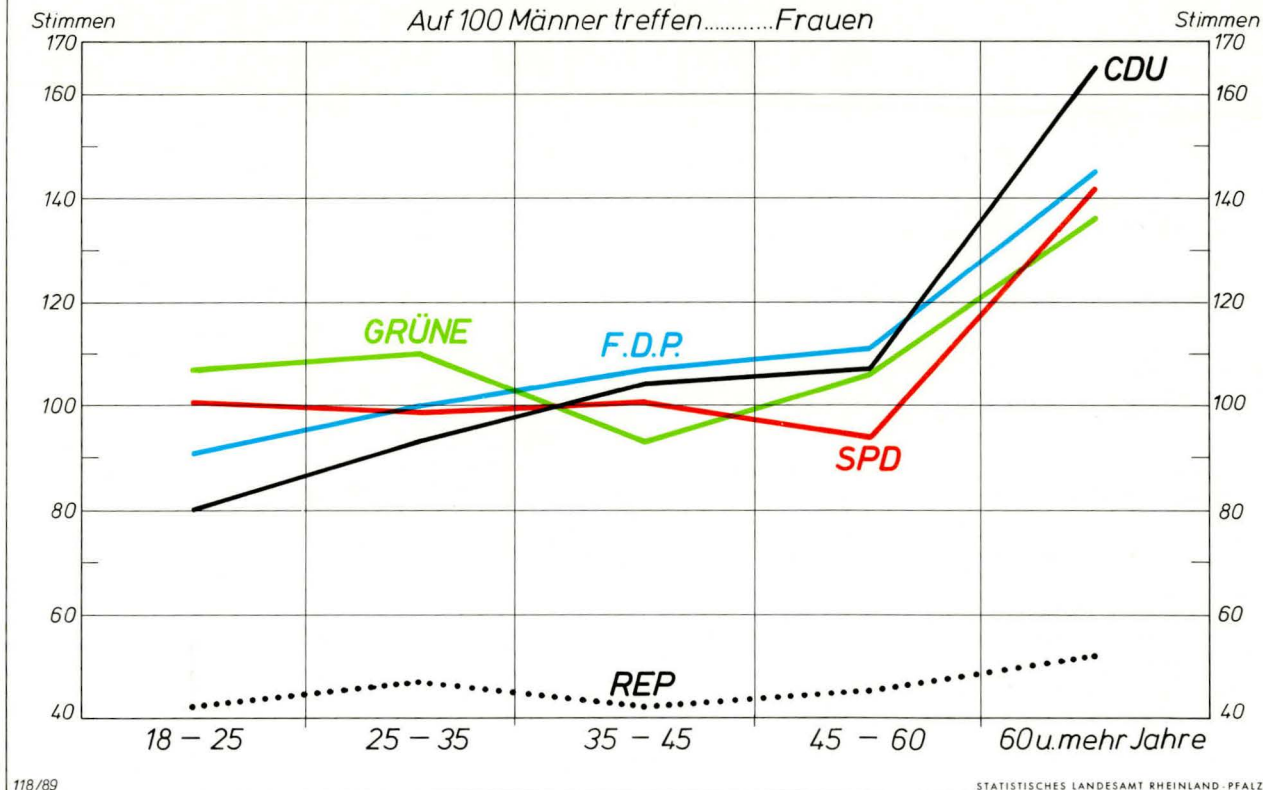
Ein Grund für diese Differenzen liegt vor allem in der von der Gesamtwählerschaft abweichenden Altersstruktur der Briefwähler. So weist die repräsentative Wahlstatistik für Wahlberechtigte mit Wahlschein in den Altersgruppen bis 60 Jahre Anteile zwischen 9,9 und 13,8 % nach. Von den 60- bis 70jährigen hatten 14,9 % und von den über 70jährigen 25,1 % einen Wahlschein. Die größere Anhängerschaft der CDU bei den älteren Wählern dürfte den Vorsprung dieser Partei beim Briefwahlergebnis erklären.

Briefwahlergebnis der Europawahl 1989

Regierungsbezirk	Wähler	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige	
	Anzahl			%					
Koblenz	149 624	147 978	98,9	45,3	34,1	7,0	7,1	3,7	2,9
Trier	39 534	39 052	98,8	50,4	27,0	9,5	6,3	3,6	3,3
Rheinhausen-Pfalz	209 411	206 967	98,8	37,5	37,2	8,2	6,8	6,3	4,1
Rheinland-Pfalz	398 569	393 997	98,9	41,7	35,0	7,9	6,8	5,0	3,6

Zahlenverhältnis von Wählern und Wählerinnen nach Altersgruppen 1989

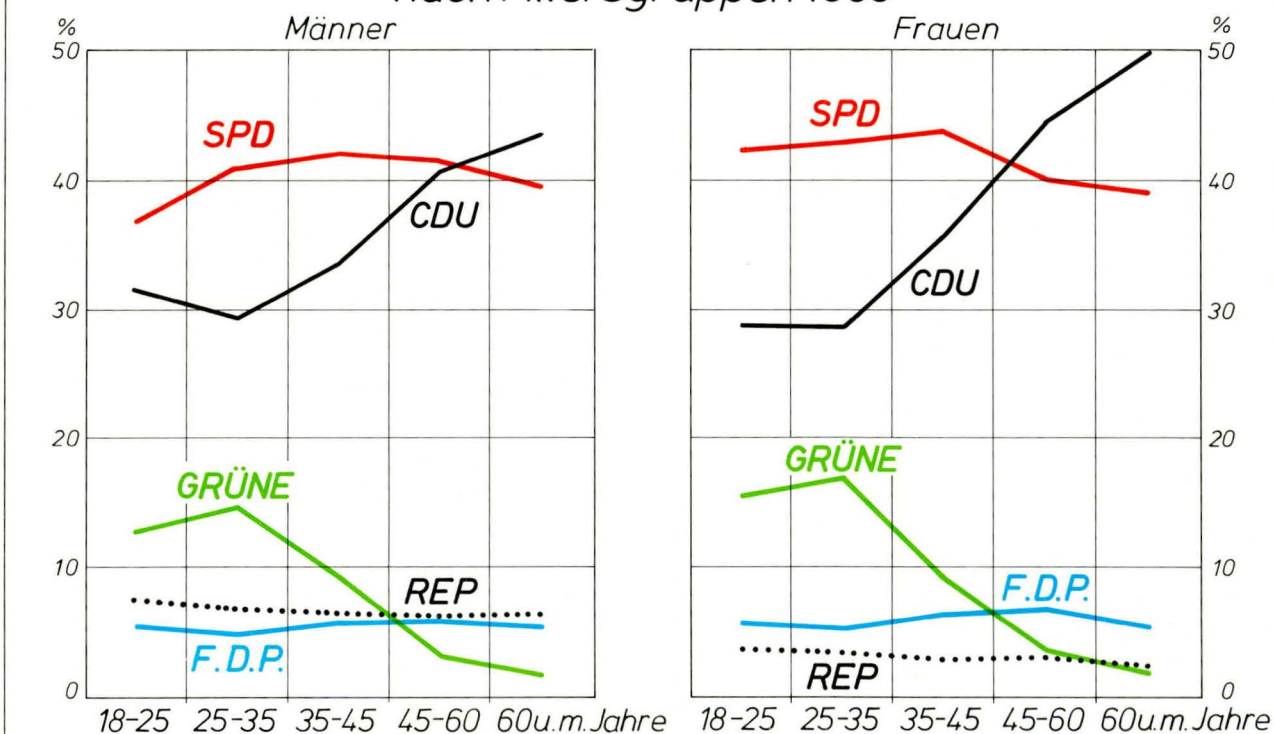
Auf 100 Männer treffen.....Frauen



118/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1989

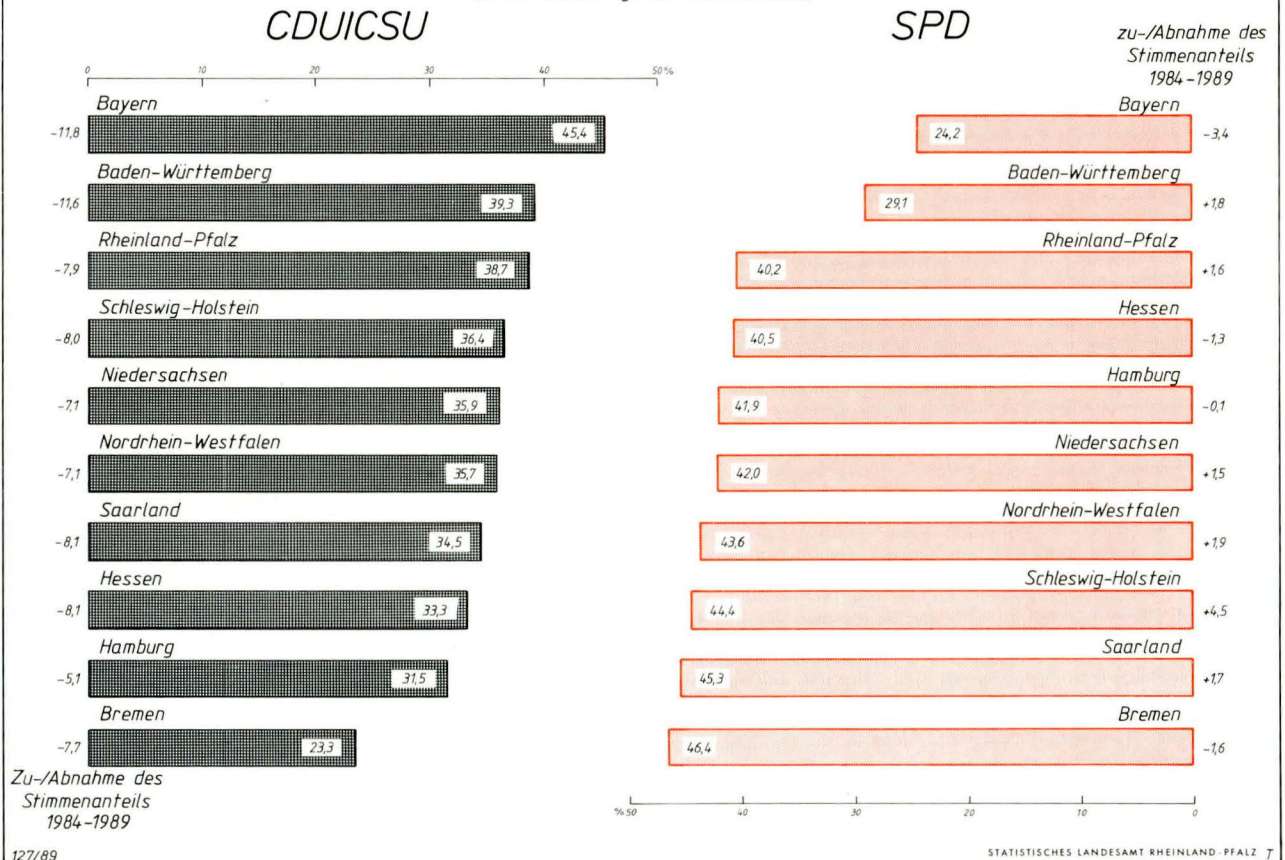


116/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Stimmenanteile der CDU/CSU und SPD in den Ländern bei der Europawahl 1989

(in der Reihenfolge der Stimmenanteile)



Im Bundesgebiet blieben Unionsparteien mit knappem Vorsprung stärkste Kraft, REPUBLIKANER verdrängten die F.D.P. auf den fünften Platz

Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 wurden im Bundesgebiet von insgesamt 45 773 179 Wahlberechtigten 28 206 690 gültige Stimmen abgegeben, von denen 10 659 123 auf die CDU/CSU (37,8 %), 10 525 728 auf die SPD (37,3 %), 2 382 102 (8,4 %) auf die GRÜNEN, 2 008 629 (7,1 %) auf die REPUBLIKANER und 1 576 715 (5,6 %) auf die F.D.P. entfielen. Obwohl die CDU/CSU mit 8,1 Prozentpunkten starke Verluste hinnehmen mußte, konnte sie sich knapp mit 0,5 Prozentpunkten Vorsprung vor der SPD als stärkste politische Kraft bei der Europawahl behaupten. Die SPD hatte einen Verlust von 0,1 Prozentpunkten gegenüber 1984 zu verzeichnen. Gewinner der Wahl waren die REPUBLIKANER, die zum ersten Mal bei einer Europawahl antraten und 7,1 % der Wählerstimmen für sich verbuchen konnten. Ebenfalls Stimmengewinne ergaben sich für die F.D.P. mit 0,8 und die GRÜNEN mit 0,2 Prozentpunkten.

Die größten Stimmenanteile erzielten die Unionsparteien mit 45,4 % auf der CSU-Landesliste und mit 39,3 % auf der baden-württembergischen CDU-Liste. Allerdings war in Bayern mit -11,8 Prozentpunkten der größte Verlust einer Landesliste der Unionsparteien, gefolgt von Baden-Württemberg mit -11,6 Prozentpunkten gegenüber der Europawahl 1984 zu verzeichnen.

Die niedrigsten Anteile hatte die CDU auf den Landeslisten von Bremen mit 23,3 % und Hamburg mit 31,5 %.

In Bremen erreichte die SPD mit ihrer Bundesliste das beste Ergebnis (46,4 %), gefolgt von dem Saarland (45,3 %). Die niedrigsten SPD-Anteile wurden in Bayern (24,2 %) und in Baden-Württemberg (29,1 %) festgestellt. Gewinne konnte die SPD in den Bundesländern Schleswig-Holstein (+ 4,5 Prozentpunkte), Nordrhein-Westfalen (+ 1,9 Prozentpunkte), Baden-Württemberg (+ 1,8 Prozentpunkte), Saarland (+ 1,7 Prozentpunkte), Rheinland-Pfalz (+ 1,6 Prozentpunkte) und Niedersachsen (+ 1,5 Prozentpunkte) verbuchen. Verluste mußte sie dagegen in den Stadtstaaten Bremen (- 1,6 Prozentpunkte) und Hamburg (- 0,1 Prozentpunkte) sowie in den Bundesländern Bayern (- 3,4 Prozentpunkte) und Hessen (- 1,3 Prozentpunkte) hinnehmen. Die starken Verluste der Unionsparteien in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg kamen offensichtlich den REPUBLIKANERN zugute, die in Bayern mit 14,6 % und Baden-Württemberg 8,7 % ihre besten Ergebnisse hatten.

Die GRÜNEN erreichten ihren höchsten Anteil mit 13,8 % in Bremen und konnten dort offensichtlich mit einem Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten von den Verlusten der SPD profitieren. Ihren niedrigsten Anteil hatten die GRÜNEN mit 6,2 % im Saarland, wo sie 0,4 Pro-

zentpunkte verloren und offensichtlich Wähler an die SPD abgaben.

Die F.D.P. erreichte wieder in allen Bundesländern, mit Ausnahme des Saarlandes (4,8 %) und Bayern (4 %), die 5%-Marke. Der Stimmenanteil von 7,2 % in Baden-Württemberg war, gefolgt von 7 % in Bremen, das beste Ergebnis der Liberalen. Die höchsten Gewinne erzielte die F.D.P. in Bremen mit + 2,5 Prozentpunkten.

Nach den Feststellungen des Bundeswahlausschusses erhält die CDU/CSU 31, die SPD 30, die GRÜNEN sieben, die REPUBLIKANER sechs und die F.D.P. vier

Abgeordnetenmandate im dritten direkt gewählten Europäischen Parlament. Die F.D.P. ist nach fünfjähriger Pause erstmals wieder mit vier Abgeordneten in Straßburg vertreten. Die CDU/CSU verlor neun, die SPD zwei Mandate. In Berlin wurden drei Abgeordnete vom Abgeordnetenhaus gewählt, davon fiel je ein Mandat an die CDU, SPD und die Alternative Liste.

Fünf der 81 deutschen Abgeordneten kommen aus Rheinland-Pfalz. Je zwei gehören der CDU und der SPD und eine Abgeordnete den GRÜNEN an.

Diplom-Finanzwirt Franz Lehmler

Ausbildungsstand der Bevölkerung

Ergebnisse der Volkszählung 1987

Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurde die Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden und nach dem höchsten berufsbildenden Schulabschluß

gefragt. Durch eine Auswertung dieser beiden Fragen lassen sich, in Kombination mit weiteren Merkmalen, aufschlußreiche Analysen erstellen. So kann untersucht

Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren nach Altersgruppen und höchstem allgemeinen Schulabschluß 1987

Alter	Insgesamt		Höchster allgemeiner Schulabschluß			
			Volks-/Haupt- schulabschluß	Mittlere Reife	Fachhochschul-/ Hochschulreife	Schüler
	Anzahl	%				
Männer						
15–20 Jahre	132 476	100,0	46,1	20,5	2,5	30,8
20–25 "	160 405	100,0	55,6	22,2	21,5	0,6
25–30 "	149 063	100,0	58,8	18,4	22,7	–
30–35 "	133 561	100,0	62,7	15,3	21,9	–
35–40 "	128 490	100,0	68,3	13,4	18,2	–
40–45 "	102 530	100,0	70,5	13,9	15,6	–
45–50 "	142 736	100,0	77,9	10,9	11,2	–
50–55 "	124 517	100,0	82,4	8,9	8,7	–
55–60 "	112 688	100,0	82,1	9,1	8,8	–
60–65 "	90 145	100,0	81,3	8,4	10,3	–
Zusammen	1 276 611	100,0	67,5	14,6	14,6	3,3
Frauen						
15–20 Jahre	126 374	100,0	36,6	29,2	3,2	31,0
20–25 "	150 175	100,0	42,6	36,5	20,5	0,4
25–30 "	140 946	100,0	51,8	30,7	17,4	–
30–35 "	128 417	100,0	64,4	21,6	13,9	–
35–40 "	121 553	100,0	73,7	15,9	10,5	–
40–45 "	97 060	100,0	74,4	17,2	8,4	–
45–50 "	136 128	100,0	81,0	13,5	5,4	–
50–55 "	118 958	100,0	85,8	10,3	3,8	–
55–60 "	112 962	100,0	86,4	9,4	4,2	–
60–65 "	122 934	100,0	86,2	9,2	4,6	–
Zusammen	1 255 507	100,0	67,2	20,0	9,6	3,2
Insgesamt						
15–20 Jahre	258 850	100,0	41,5	24,7	2,9	30,9
20–25 "	310 580	100,0	49,3	29,1	21,0	0,5
25–30 "	290 009	100,0	55,4	24,4	20,1	–
30–35 "	261 978	100,0	63,6	18,4	18,0	–
35–40 "	250 043	100,0	70,9	14,6	14,5	–
40–45 "	199 590	100,0	72,4	15,5	12,1	–
45–50 "	278 864	100,0	79,4	12,2	8,4	–
50–55 "	243 475	100,0	84,1	9,6	6,3	–
55–60 "	225 650	100,0	84,2	9,3	6,5	–
60–65 "	213 079	100,0	84,1	8,8	7,0	–
Insgesamt	2 532 118	100,0	67,3	17,3	12,1	3,2

werden, inwieweit sich einzelne Altersgruppen, aber auch wie sich Männer und Frauen nach ihrer Ausbildung unterscheiden.

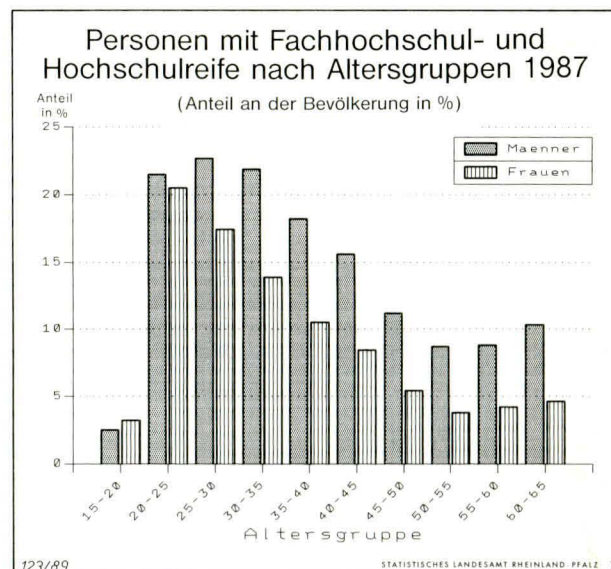
Unter die allgemeinen Schulabschlüsse fallen Haupt- schulabschluß (früher Volksschulabschluß), mittlere Reife und vergleichbare Abschlüsse sowie Fachhoch- schulreife und Hochschulreife (Abitur). Personen ohne Hauptschulabschluß, zum Beispiel ehemalige Sonder- schüler, werden zusammen mit den Hauptschulabsol- venten ausgewiesen.

Bei den beruflichen Ausbildungsgängen wird zwi- schen praktischer Berufsausbildung, Berufsfachschule, Fachschule, Fachhochschule und Hochschule unter- schieden. Personen, die sowohl eine praktische Berufs- ausbildung als auch eine berufsbildende Schule absol- viert haben, werden nur mit dem Abschluß dieser Schule nachgewiesen.

Im Rahmen der Volkszählung 1987 waren die Fragen nach dem höchsten allgemeinen und beruflichen Schulabschluß nur von den 15- bis 65jährigen Bürgern zu beantworten. Vergleiche mit den Ergebnissen der Volkszählung 1970, bei der alle Bürger nach ihrer Aus- bildung gefragt waren, sind daher nur eingeschränkt möglich. Hinzu kommt, daß damals eine getrennte Aus- wertung von allgemeiner und beruflicher Ausbildung nicht vorgenommen wurde. Dennoch lassen sich durch die Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen aus den Ergebnissen der Zählung 1987 Veränderungen des Ausbildungsniveaus im Zeitablauf erkennen.

Jeder fünfte der 20- bis 25jährigen hat Hochschul- bzw. Fachhochschulreife

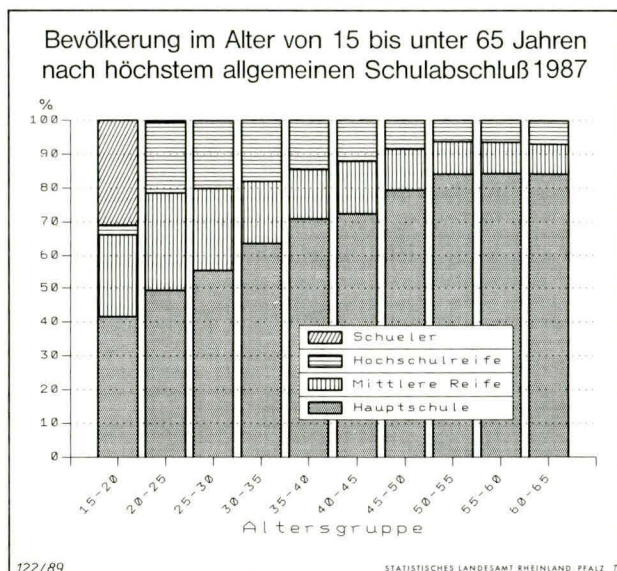
Von den 2,5 Millionen Rheinland-Pfälzern im Alter zwi- schen 15 und 65 Jahren haben 67 % die Hauptschule besucht, 17 % schlossen die Schule mit der mittleren Reife und 12 % mit dem Abitur ab. Gut 3 % besuchten zum Zeitpunkt der Volkszählung noch die Schule. In den verschiedenen Altersgruppen zeigten sich starke Unter- schiede. So hatten von den heute über 50jährigen gut 84 % die Volksschule besucht, während bei den 20- bis



25jährigen gerade noch jeder zweite seine Schulausbil- dung auf dieser Stufe beendete. Noch deutlicher wird das Streben nach besserer schulischer Ausbildung im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte an den mitt- leren und höheren Bildungsabschlüssen. 1987 hatten rund 30 % der 20 bis 25 Jahre alten Rheinland-Pfälzer die mittlere Reife, während es bei den über 50jährigen nur jeder zehnte war. Das Abitur abgelegt hatten von der letztgenannten Gruppe nur etwa 7%. Bei den 20- bis 30jährigen waren es über 20 %. In der Altersgruppe von 30 bis 40 Jahren halten sich diese zwei Bildungsab- schlüsse mit Anteilen zwischen 15 und 18 % etwa die Waage. Dieser kontinuierliche Anstieg des schulischen Ausbildungsniveaus in den vergangenen Jahren wurde durch immer höhere Anforderungen an die schulische Vorbildung bei einer Vielzahl von Berufen ausgelöst und durch die Entwicklung des Bildungswesens in Richtung qualifizierterer Abschlüsse ermöglicht. Hierzu zählen auch die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges.

Frauen unter 30 haben deutlich bessere Schulbildung als Männer

Die für die Gesamtbevölkerung geschilderte Verbes- erung der schulischen Ausbildung verlief für Frauen noch deutlich günstiger als für Männer. Hatten bei den über 50jährigen rund 82 % der Männer und etwa 86 % der Frauen einen Hauptschulabschluß, so waren es bei der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen Männer noch knapp 56 %, bei den gleichaltrigen Frauen aber weniger als 43 %. Von letzteren hatten mehr als 36 % die Schule mit der mittleren Reife abgeschlossen, von ihren männ- lichen Altersgenossen aber nur 22 %. Daß bei den Frauen diesem Bildungsabschluß auch früher schon eine größere Bedeutung zukam als bei den Männern, zeigt sich auch bei der Betrachtung höherer Altersgrup- pen, in denen Frauen durchweg prozentual häufiger einen mittleren Schulabschluß erreichten. Bei den Per- sonen mit Abitur liegen die Anteile der Männer dagegen immer höher als die der Frauen. So haben von den über 60 Jahre alten männlichen Personen 10%, von den weiblichen nicht einmal 5 % die Hochschulreife erwor- ben. Auch in der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre ist mit 22



zu 14 % noch eine Relation zugunsten der Männer zu beobachten. Bei den 20- bis 25jährigen haben die Frauen dagegen mit 20,5% Abiturientinnen fast den gleichen Anteil wie die Männer (21,5 %) erreicht. Nimmt man mittlere und höhere Bildungsabschlüsse zusammen, dann liegen 20- bis 25jährige Frauen mit 57 % deutlich besser als gleichaltrige Männer mit knapp 44 %. Auch bei der Bevölkerung im Alter von 25 bis 30 Jahren sind die Anteile von mittlerer Reife und Abitur zusammen bei Frauen mit 48 % höher als diejenigen der Männer (41 %).

Mittlere Reife bei Ausländern seltener als bei Deutschen

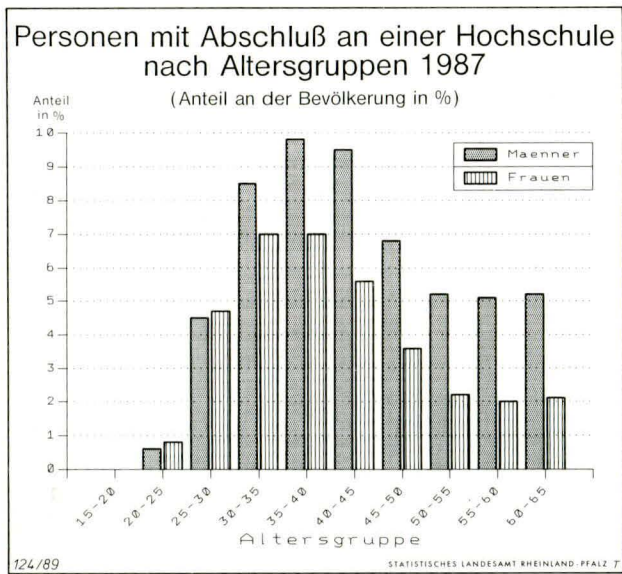
Die Schulausbildung der rund 113 500 in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren unterscheidet sich wesentlich von derjenigen der Deutschen. Von den 20- bis 30jährigen Ausländern hatten 1987 etwa zwei Drittel Hauptschulabschluß, von den Deutschen dagegen nur ungefähr die Hälfte. Bei den über 50jährigen ist der Anteil der Hauptschüler an der jeweiligen Altersgruppe mit gut 84 % bei den Deut-

schen deutlich höher als bei den ausländischen Mitbürgern, von denen knapp 80 % diesen Bildungsabschluß angaben. In diesem Alter haben Ausländer mit 11 bis 12 % häufiger eine Fachhochschulreife bzw. das Abitur erreicht als die Deutschen (7 %). Einer der Gründe dafür könnte sein, daß Ausländer, die vor langen Jahren zur Ausbildung oder zum Studium nach Deutschland kamen, hier geblieben sind. Diese Annahme ist allerdings nur durch weitere Untersuchungen zu stützen, wobei die ausgeübten Berufe dieses Personenkreises eine wichtige Rolle spielen werden. Wenn Ausländer auch bei den 25- bis 30jährigen höhere Anteile (23 %) an Abiturienten haben als die Deutschen (20 %), dann dürfte das daran liegen, daß in dieser Altersgruppe ausländische Studenten etwas überdurchschnittlich vertreten sind. Der mittlere Bildungsabschluß ist bei der deutschen Bevölkerung durchweg in allen Altersgruppen häufiger anzutreffen als bei Ausländern. So haben fast 30 % der 20- bis 25jährigen Deutschen, aber nur knapp 15 % der Ausländer die Schule mit der mittleren Reife abgeschlossen. Auch für Personen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren errechnen sich noch Anteile von 25 % gegenüber 14 %.

Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren nach Altersgruppen und höchster beruflicher Ausbildung 1987

Alter	Insgesamt		Berufliche Ausbildung					
			Praktische Berufs- ausbildung	Berufs- fachschule	Fachschule	Fach- hochschule	Hochschule	ohne berufliche Ausbildung ¹⁾
	Anzahl		%					
Männer								
15–20 Jahre	132 476	100,0	9,1	2,6	0,7	–	–	87,5
20–25 "	160 405	100,0	56,1	5,5	4,5	1,3	0,6	32,1
25–30 "	149 063	100,0	54,0	5,7	7,8	5,4	4,5	22,6
30–35 "	133 561	100,0	51,5	5,1	9,7	7,5	8,5	17,7
35–40 "	128 490	100,0	51,0	5,0	10,7	7,0	9,8	16,4
40–45 "	102 530	100,0	50,4	4,9	9,7	6,8	9,5	18,7
45–50 "	142 736	100,0	49,5	4,8	8,9	5,6	6,8	24,3
50–55 "	124 517	100,0	49,3	4,3	7,3	4,3	5,2	29,6
55–60 "	112 688	100,0	48,7	3,7	6,1	4,0	5,1	32,5
60–65 "	90 145	100,0	43,4	3,6	5,3	3,9	5,2	38,6
Zusammen	1 276 611	100,0	46,6	4,6	7,0	4,5	5,3	32,0
Frauen								
15–20 Jahre	126 374	100,0	7,9	5,2	1,1	–	–	85,7
20–25 "	150 175	100,0	46,3	11,4	6,4	1,4	0,8	33,6
25–30 "	140 946	100,0	48,1	9,8	7,8	3,1	4,7	26,5
30–35 "	128 417	100,0	47,3	7,2	7,6	2,6	7,0	28,4
35–40 "	121 553	100,0	45,2	6,3	6,2	1,4	7,0	34,0
40–45 "	97 060	100,0	41,9	6,2	5,8	1,3	5,6	39,1
45–50 "	136 128	100,0	32,6	5,7	5,2	1,0	3,6	52,0
50–55 "	118 958	100,0	24,1	4,1	3,7	0,7	2,2	65,2
55–60 "	112 962	100,0	18,1	2,8	3,0	0,6	2,0	73,5
60–65 "	122 934	100,0	18,9	3,4	3,0	0,6	2,1	72,1
Zusammen	1 255 507	100,0	33,5	6,4	5,1	1,3	3,4	50,3
Insgesamt								
15–20 Jahre	258 850	100,0	8,5	3,9	0,9	–	–	86,6
20–25 "	310 580	100,0	51,4	8,3	5,4	1,3	0,7	32,8
25–30 "	290 009	100,0	51,1	7,7	7,8	4,3	4,6	24,5
30–35 "	261 978	100,0	49,4	6,1	8,6	5,1	7,8	22,9
35–40 "	250 043	100,0	48,2	5,7	8,5	4,3	8,4	24,9
40–45 "	199 590	100,0	46,3	5,5	7,8	4,1	7,6	28,6
45–50 "	278 864	100,0	41,3	5,3	7,1	3,4	5,2	37,8
50–55 "	243 475	100,0	37,0	4,2	5,5	2,5	3,7	47,0
55–60 "	225 650	100,0	33,3	3,2	4,6	2,3	3,5	53,0
60–65 "	213 079	100,0	29,2	3,5	3,9	2,0	3,4	57,9
Insgesamt	2 532 118	100,0	40,1	5,5	6,1	2,9	4,4	41,1

1) Bei Beurteilung dieser Ergebnisse ist zu beachten, daß ein Teil der - vor allem jüngeren - Personen seine Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat.



Die Unterschiede in der schulischen Ausbildung zwischen ausländischen Männern und Frauen sind weit weniger ausgeprägt als bei den Deutschen. Faßt man mittlere und höhere Bildungsabschlüsse zusammen, dann liegen ausländische Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren mit gut 35 % um rund 5 Prozentpunkte über dem Anteil dieser Bildungsabschlüsse bei den ausländischen Männern. Bei den gleichaltrigen Deutschen liegen die Frauen mit 58 % dagegen fast 14 Prozentpunkte besser als die Männer. 25- bis 30jährige ausländische Männer haben zu knapp 38 % mittlere Reife oder Abitur, Frauen dagegen gerade zu 36 %. Deutsche Frauen liegen in dieser Altersgruppe mit einem Anteil von fast 49 % um über 7 Prozentpunkte höher als die Männer.

Etwa jeder zweite über 50 Jahren hat keine berufliche Ausbildung

Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Ohne berufliche Ausbildung wird der Einzelne auf dem Arbeitsmarkt kaum bestehen können. Während von den heute 60- bis 65-jährigen fast 58 % weder eine praktische Berufsausbildung erhalten, noch eine berufsbildende Schule besucht haben, ist dieser Anteil mit 23 % bei der Bevölkerung im Alter von 30 bis 35 Jahren deutlich günstiger.

Daß bei den unter 30jährigen der Anteil der Personen ohne berufliche Ausbildung höher liegt, ist nicht auf eine gestiegene Bildungsmüdigkeit zurückzuführen, sondern hängt mit der in diesen Altersgruppen noch andauernden Ausbildungsphase zusammen. Dies gilt insbesondere für die 15- bis 20jährigen, von denen über 86 % noch keinen beruflichen Bildungsabschluß erreicht haben und in abgeschwächter Form auch für Personen zwischen 20 und 30 Jahren, bei denen das Studium an einer Fachhochschule oder einer Universität zum Zeitpunkt der Zählung noch andauerte.

Der häufigste berufliche Abschluß ist eine praktische Ausbildung oder Lehre. Von den 20- bis 40jährigen Rheinland-Pfälzern hat etwa jeder zweite eine solche Ausbildung abgeschlossen. Im Alter zwischen 40 und 50 Jahren liegt dieser Anteil bei etwa 43 %, während bei den über 50jährigen ungefähr noch jeder dritte eine praktische Berufsausbildung hat. Eine Berufsfachschule haben 5,5 % der 2,5 Millionen Bewohner unseres Landes, die zwischen 15 und 65 Jahre alt sind, besucht. Mit über 8 % liegen auch hier die 20- bis 25jährigen an der Spitze, während von den Älteren nur gut 3 % diesen beruflichen Bildungsabschluß vorweisen. Fachschulabsolventen waren gut 6 % der befragten Bürger, am häufigsten mit nicht ganz 9 % die 30- bis 40jährigen. Mit knapp 8 % Anteil folgen Personen im Alter von 20 bis 25 und von 40 bis 45 Jahren, während gerade noch 4 % der über 60 Jahre alten Mitbürger eine Fachschule besucht haben. Der Bildungsabschluß an der Fachhochschule wurde am seltensten genannt. Von den jüngeren Personen erreichten diesen Abschluß rund 5 %, von den älteren nur etwa 2 %. Häufiger besucht wurden die ein breiteres fachliches Spektrum umfassenden Hochschulen und Universitäten. Bei den jüngeren Jahrgängen wird die Aussagefähigkeit der Anteile durch teilweise noch andauerndes Studium eingeschränkt. Geht man deshalb von den Personen über 30 Jahren aus, dann haben rund 8 % der 30- bis 45jährigen diesen höchsten beruflichen Abschluß erreicht. Bei den über 50jährigen beträgt der Akademikeranteil zwischen 3 und 4 %.

Bessere berufliche Ausbildung auch bei den Frauen

Wie bei der schulischen Ausbildung gibt es auch bei der beruflichen Qualifikation Unterschiede zwischen

Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren nach Staatsangehörigkeit und höchster beruflicher Ausbildung 1987

Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Berufliche Ausbildung					
			Praktische Berufsausbildung	Berufsfachschule	Fachschule	Fachhochschule	Hochschule	ohne berufliche Ausbildung
	Anzahl	%	%					
Deutsche	2 418 665	100,0	41,0	5,6	6,2	2,9	4,3	39,9
Männer	1 212 070	100,0	47,8	4,7	7,2	4,6	5,3	30,4
Frauen	1 206 595	100,0	34,3	6,5	5,1	1,3	3,3	49,4
Ausländer	113 453	100,0	19,9	2,7	3,6	2,4	5,1	66,3
Männer	64 541	100,0	24,4	2,3	3,4	3,0	5,0	61,9
Frauen	48 912	100,0	14,1	3,2	3,7	1,5	5,3	72,1
Insgesamt	2 532 118	100,0	40,1	5,5	6,1	2,9	4,4	41,1
Männer	1 276 611	100,0	46,6	4,6	7,0	4,5	5,3	32,0
Frauen	1 255 507	100,0	33,5	6,4	5,1	1,3	3,4	50,3

Männern und Frauen. Keine berufliche Ausbildung haben von den 25- bis 30jährigen Frauen rund 27 %, von den über 60jährigen sogar 72 %. Dagegen liegen die entsprechenden Anteile bei Männern mit 23 bzw. 39 % weit günstiger. Hier spiegelt sich die Tatsache wider, daß in früheren Jahren Frauen häufig auf eine fundierte Berufsausbildung verzichten mußten. Das wird auch deutlich, wenn man die Bevölkerung mit einer abgeschlossenen praktischen Berufsausbildung betrachtet. So hat etwa jeder zweite Mann im Alter zwischen 50 und 65 Jahren eine Lehre absolviert, von den gleichaltrigen Frauen nur etwa jede fünfte. Bei den 20- bis 30jährigen haben 55 % der Männer und 47 % der Frauen eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluß angegeben. Dafür haben Frauen bis zum Alter von 50 Jahren prozentual häufiger eine Berufsfachschule besucht. Bei den 20 bis 25 Jahre alten Rheinland-Pfälzern weisen Frauen mit einem Anteil von über 11 % doppelt so oft einen Berufsfachschulabschluß vor wie Männer. Fachhochschulen wurden wegen ihrer speziellen Ausbildungsrichtungen häufiger von Männern als von Frauen besucht. So haben von allen befragten männlichen Bürgern 4,5 % einen Fachhochschulabschluß, bei den Frauen beträgt dieser Anteil nur 1,3 %. Gegenüber früheren Jahren hat sich auch bei der Hochschulausbildung die Situation der Frauen verbessert. Hatten von den über 50jährigen Frauen etwa 2 % ein Studium abgeschlossen, so waren es bei den 30jährigen bereits 7 %. Die entsprechenden Anteile bei den Männern betrugen 5 und 9 %. Während jüngere Frauen bei der schulischen Ausbildung mit den Männern einigermaßen gleichgezogen haben, liegen sie

in ihrer beruflichen Ausbildung, trotz der beschriebenen Annäherung, immer noch hinter diesen zurück.

Zwei Drittel der Ausländer ohne Berufsausbildung

Recht deutliche Unterschiede in der beruflichen Qualifikation weisen Deutsche und Ausländer auf. So haben 40 % der befragten Deutschen, aber zwei Drittel der Ausländer weder eine praktische noch eine schulische Berufsausbildung erhalten. Hierin dürfte eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosenquote der Ausländer liegen. Auch hinsichtlich der einzelnen beruflichen Ausbildungsabschlüsse werden starke Abweichungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen sichtbar. Während 41 % der Deutschen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren eine praktische Berufsausbildung abgeschlossen haben, beläuft sich dieser Anteil bei Ausländern nur auf 20 %. Für Männer errechnen sich Anteile von 48 % für Deutsche und gut 24 % für Ausländer. Bei Frauen liegen die Prozentsätze mit 34 zu 14 % für Ausländerinnen noch weit ungünstiger. Auch Berufsfachschulen und Fachschulen wurden von den Nichtdeutschen nur halb so oft besucht wie von den Deutschen. Dagegen liegen die Verhältnisse im Hinblick auf Fachhochschulen und Hochschulen für Ausländer nicht so ungünstig. Einen Hochschulabschluß haben sogar anteilmäßig mehr Ausländer (5,1 %) als Deutsche (4,3 %). Allerdings bedarf diese Tatsache weiterer Untersuchungen im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit dieses Personenkreises.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Was bringt die Ernte 1989 ?

Die Feststellung der Erntemenge hat mit Einführung der sogenannten Haushaltsstabilisatoren, insbesondere bei Getreide und Ölfrüchten, zunehmende Bedeutung erhalten. Mehr als 160 Mill. t Getreide in der EG bedeuten zugleich eine Preissenkung um 3 %. Ebenso ist die Garantieschwelle von 4,5 Mill. t bei Raps und Rüben in diesem Wirtschaftsjahr für Preissenkungen maßgeblich.

Meldungen über trockenheitsbedingte Produktionsminderungen in verschiedenen Teilen der EG ließen den Bundeslandwirtschaftsminister Anfang Juli eine Getreideernte unter 160 Mill. t erwarten. Die jüngsten Schätzungen des EG-Ausschusses des Getreide- und Futtermittelhandels (COCERAL), die sich auf etwa 156 Mill. t belaufen, scheinen dies zu bestätigen.

Negative Witterungseinflüsse haben bereits bei Sauerkirschen zu deutlichen Ertragseinbußen geführt. Nur die Festigung der Marktpreise bei geringerem Angebot scheint für die Erzeuger in diesem Jahr ein positiver Aspekt zu sein.

Auskunft über bereits vorliegende Ernteergebnisse sowie die Aussichten beim derzeitigen Stand auf den Feldern, in den Weinbergen und Obstanlagen gibt der folgende Beitrag, dem primär die Ertragsschätzungen

und Meldungen der rund 1 200 ehrenamtlichen Ernteberichterstatte des Statistischen Landesamtes zugrunde liegen. Ergänzt werden sie bei Getreide um erste vorliegende Meßergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung.

Guter Start für die Winterungen – Sommerungen im Nachteil

Bei einem Blick auf die Startbedingungen für Wintergetreide und -raps ist von einer durchweg guten Anfangsentwicklung zu berichten. Die ausreichende Wasserversorgung der Böden sorgte für ein zügiges Auflaufen. Anfang Dezember zeigte sich der Wachstumsstand überdurchschnittlich gut. Aufgrund des außergewöhnlich milden Winters waren keine Frostschäden zu beklagen. Dafür mußte allerdings einer witterungsbedingt erhöhten Infektionswahrscheinlichkeit für Pilzkrankheiten entgegengewirkt werden. Nennenswerte Beeinträchtigungen gab es jedoch nicht, so daß die Wachstumsstandsbeurteilung Mitte April für die Winterungen noch günstiger ausfiel.

Auch zeitig ausgesäte Sommerungen fanden bei warmer Witterung Ende März und Anfang April gute Auflaufbedingungen. Dank der Ende April nach kurzer Unter-

brechung wieder einsetzenden warmen Witterung und der zunächst noch ausreichenden Bodenfeuchtigkeit kam die Vegetationsentwicklung zügig voran. Die dann bis weit in den Juni hinein anhaltende Trockenheit bei überwiegend hochsommerlichen Temperaturen ließ bald Ertragseinbußen befürchten. Zum Glück wurde die etwas zu schnelle Abreife bei Getreide durch eine vorübergehende Abkühlungsphase in der zweiten Junihälfte gestoppt.

Durchweg gut hielten sich die Kulturen auf wasserhaltenden schwereren Böden. Auf leichteren Böden blieben Trockenschäden hingegen nicht aus und waren bei dem noch im Schossen oder der Blüte befindlichen Sommergetreide gravierender als bei den Winterungen.

Vorjahresernte wird nicht erreicht

Die Anfang Juli erneut einsetzenden hochsommerlichen Temperaturen bewirkten eine schnelle Abreife der Wintergerste, die bereits in der ersten Juliwoche gedroschen wurde. Wie im Vorjahr verlief der Drusch zügig und ohne Unterbrechung. Die Roggenernte folgte unmittelbar und auch der Drusch von Weizen und Sommergerste sowie vereinzelt von Hafer setzte gegen Ende Juli ein. Die Erntearbeiten kamen insgesamt zügig voran, wenngleich Anfang August ergebige Niederschläge zu Unterbrechungen führten.

Die in diesem Jahr weit in den Juni hineinreichende und später erneut einsetzende Trockenheit hat neben dem Pflanzenwachstum auch die Kornausbildung beeinträchtigt. Die bisherigen Vorschätzungen der Erntebereichterstaten lassen unter Berücksichtigung der zu erwartenden Meßergebnisse aus der Besonderen Erntemittlung bei Sommergerste nur auf durchschnittliche, bei Hafer sogar eher auf unterdurchschnittliche Erträge schließen, die unter dem Vorjahresergebnis liegen werden. Ähnliche Ergebnisse sind bei den übrigen Sommerungen zu erwarten. Bei der Wintergerste dagegen ist ein dem Erntejahr 1988 vergleichbarer Hektarertrag durch die bereits vorliegenden Probeschnitte als weitestgehend gesichert anzusehen. In diese Richtung – voraussichtlich sogar positiv vom Vorjahresergebnis

Ertragsschätzung für
Getreide, Winterraps und Ölfrüchte 1989

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			
	1988	vorläufig	D 1983/ 1988	endgültig	vorläufig Anfang August	
		1989		1988	1988	1989
	1000 ha		dt			
Winterweizen	92,9	95,1	55,1	60,6	50,1	50,4
Sommerweizen	3,3	2,4	·	49,8	42,4	40,5
Hartweizen (Durum)	4,1	4,5	·	55,3	45,9	45,1
Triticale	3,7	4,2	·	49,0	44,5	46,0
Roggen	25,0	23,4	42,2	43,9	43,1	42,8
Wintermenggetreide	1,5	2,0	42,3	44,6	41,0	42,8
Wintergerste	40,4	37,0	49,3	54,6	48,1	50,4
Sommergerste	100,7	99,8	40,8	43,4	41,7	38,4
Hafer	36,1	32,6	37,8	39,5	37,8	33,8
Sommermenggetreide	6,4	7,0	·	39,9	38,6	34,1
Winterraps	18,5	21,4	27,0	28,8	27,5	28,0
Frühkartoffeln	3,7	3,8	267,9	292,6	254,6	270,6

Ertragsschätzung für Rohfutter 1989

Fruchtart	Fläche (vorläufig)	Hektarerträge ¹⁾			
		1. Schnitt			endgültig
	1989	D 1983/ 1988	1988	1989	1988
	1000 ha	dt			
Rohfutter	·	56,6	55,6	51,0	75,4
Wiesen	94,6 ²⁾	54,8	53,8	50,0	72,4
Mähweiden	79,9 ²⁾	58,2	56,9	51,5	78,5
Grasanbau auf dem Ackerland	3,0	59,2	60,4	55,0	77,9
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	5,0	62,4	62,3	58,1	80,0
Luzerne	1,2	61,5	62,7	59,6	81,3

1) Grünmasseerträge im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet. – 2) 1988.

abweichend – weisen auch die für Roggen bis Anfang August eingegangenen Ergebnisse. Auch dürfte der jahreszeitlich später reifende Winterweizen den mehrjährigen Vergleichswert übertreffen.

Bei der voraussichtlichen Ertragslage wird die Ernte von Roggen und Wintergerste aufgrund geringerer Anbauflächen (– 6,3 bzw. – 8,3 % nach vorläufigen Ergebnissen) entsprechend unter dem Vorjahresergebnis bleiben. Offensichtlich auch von der Flächenstillegung betroffen ist der Hafer, für den der anhaltende Preisdruck mit spürbaren Abstrichen im Februar dieses Jahres wenig Produktionsanreiz bot. Nach wie vor auf Platz eins der Prioritätenliste im Getreideanbau steht die Sommergerste mit nahezu unveränderter Anbaufläche (– 0,8 %); bei den derzeitigen Ertragserwartungen wird die Vorjahresernte auch hier nicht überschritten werden. Mit einem leichten Flächenzuwachs (+ 2,4 %) hat der Winterweizenanbau an Bedeutung gewonnen. Insgesamt wurde die Getreidefläche in Rheinland-Pfalz um 2 % eingeschränkt. Bei den zudem zu erwartenden Ertragseinbußen wird die hohe Vorjahresernte von 1,56 Mill. t um voraussichtlich 5 bis 8 % unterschritten werden und um 1,45 Mill. t liegen.

Trockenschäden auch bei anderen Ackerpflanzen und auf dem Grünland

Mit Abschluß der Wintergerstenernte wurde auch schon in weiten Teilen des Landes der Winterraps gedroschen. Seine Fläche dehnte sich nach Anbaueinschränkungen erneut auf rund 21 000 ha aus, auf denen sich wie im Vorjahr die Rapsblüte in voller Pracht zeigte. Bei ebenso guten Erträgen dürfte die letztjährige Ernte, sofern die Druschergebnisse halten, was die Vorschätzungen aufgrund der Bestandsbegutachtungen versprechen, wohl landesweit um mehr als 15 % überschritten werden. Dies gilt allerdings nicht für einige Erzeuger im Rhein-Hunsrück-Kreis, deren Ölraps- wie auch teilweise Getreideernte durch Hagelunwetter vernichtet wurde.

Die Entwicklung der später reifenden Feldfrüchte ist durch die Trockenheit unterschiedlich beeinträchtigt. Mais, Ackerbohnen, Runkelrüben, mittelfrühe und späte Kartoffeln waren im Juli zwar nicht gut, aber auf geeigneten Standorten doch weitgehend normal entwickelt, so

daß von einer durchschnittlichen Ertragslage auszugehen ist. Tendenziell etwas besser erschien der Wachstumsstand bei Erbsen und Zuckerrüben. Vorteilhaft für ihre weitere Entwicklung dürften sich sicherlich die Ende Juli/Anfang August gefallen Niederschläge ausgewirkt haben.

Die günstigen Witterungsbedingungen während der Vegetationsphase der Frühkartoffeln finden ihren Niederschlag in der gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrestermin höheren Vorschätzung. Demnach übersteigt der Ertrag den Durchschnittswert. Hinzu kommt, daß die Frühkartoffelfläche (+ 3,7 %) von der ansonsten verkleinerten Anbaufläche für Hackfrüchte als einzige ohne Einschränkung blieb. Unabhängig von den erzielbaren Flächenleistungen schmälert insbesondere bei den Hülsenfrüchten eine deutlich geringere Anbaufläche die Erntemenge dieses Jahres. Beim Mais wurde nur die Silomaisfläche leicht ausgedehnt (+ 3,7 %).

Ertragsmindernd haben sich die geringen Niederschläge vor allem auf dem Grünland bemerkbar gemacht, obwohl der Wachstumsstand im April noch deutlich besser als im zu kühlen Vorjahresmonat war. Bei allerdings durchweg guter Heuqualität lagen die Erträge des ersten Schnitts von Wiesen und Mähweiden sowie die Grünfüttererträge auf dem Ackerland deutlich unter dem durchschnittlichen Vorjahreswert. Lediglich die tiefwurzelnde Luzerne wurde mit der Trockenheit etwas besser fertig. Auch die weiteren Nutzungen der Flächen werden aufgrund des mäßigen Nachwuchses die Verluste nicht ausgleichen können. Immerhin gab es auch zum Grummetschnitt günstige Witterung.

Ertragseinbußen durch verregnete Obstbaumbüte

Nach dem Dauerregen im April war der Fruchtbehang bei Kirschen nur mäßig. Die Ursache lag in diesem Jahr in einem starken Befall mit dem Schadpilz Monilia, der durch die anhaltenden Niederschläge während der Blüte ausgelöst wurde. In den Süßkirschenanlagen des Marktbobstbaus mußte man sich mit einer rund 14 % geringeren Erntemenge zufrieden geben.

Die schon 1988 nicht sehr hohen Baumerträge wurden insbesondere bei den Sauerkirschen deutlich unterschritten. Einen vergleichbar niedrigen Ertrag hat es zuletzt im Frostjahr 1981 gegeben. Mit durchschnittlich 14 kg je Baum wurden im Marktbobstbau insgesamt

rund 12 794 t und damit 35 % weniger als im vergangenen Jahr geerntet. Zu der schlechten Ernte im Inland kamen zusätzlich Produktionseinbußen in den westeuropäischen Nachbarstaaten, so daß auch von dieser Seite her die Marktchancen nicht wahrgenommen werden konnten.

Als Ausgleich für die geringere Ernte erzielten die Erzeuger somit in diesem Jahr etwas bessere Preise, nachdem diese erstmals 1988 ein zumindest erträgliches Niveau erreicht hatten. Dennoch bereitete der stark zugenommene Angebotsdruck aus Ungarn, dessen Lieferungen bisher nicht wie nach jugoslawischem Muster einer Beschränkung unterliegen, dem Absatz Probleme.

Ungünstiges Blütewetter und ein damit verbundener schlechter Insekten- und Bienenflug läßt nach ersten Vorschätzungen auch bei Äpfeln und Birnen, Pflaumen und Zwetschen eine nicht gerade üppige Ernte heranwachsen. Die Baumerträge des Vorjahres werden voraussichtlich nur bei Mirabellen und Renekloden, Aprikosen und Pfirsichen erreicht. Bei fast allen anderen Obstarten bleiben die Ertragserwartungen mehr oder weniger deutlich unter den Vergleichswerten. Nur Erdbeeren gab es überdurchschnittlich viele. Aufgrund der witterungsbedingt zum Teil etwas klein gebliebenen Beeren wurden jedoch nicht so viel Dezitonnen vom Hektar geholt wie 1988.

Bei Äpfeln liegen die Ernteerwartungen im Landesdurchschnitt nur knapp unter dem mehrjährigen Vergleichswert und sind damit wohl besser als mancherorts vermutet. Die gute Blüte des Vorjahres bescherte den Marktbobsterzeugern 1988 eine um 17 % höherer Erntemenge als sie zur Zeit erwartet wird. Alle Ertragsaussichten nahmen allerdings für einzelne Obstbauern der Vorderpfalz durch Hagelunwetter ein jähes Ende.

Zufriedenstellende Gemüseernte

Auch Gemüsebauern in dieser Region waren von Hagelunwettern betroffen. Doch auch hier hat das Ausmaß nicht zu einer Beeinträchtigung des im Landesdurchschnitt erzielten Ertrags geführt. Die langanhaltende Trockenheit hat im Gemüsebau insbesondere in den Beregnungsgebieten der Vorderpfalz, in denen die Landwirte weitgehend unabhängig von der Niederschlagslage sind, kaum merkliche Ertragseinbußen mit

Ertragserwartungen für Obst 1989 im Marktbobstbau

Obstart	Erträge			Erntemenge ¹⁾	
	D 1983/88	1988	1989	1988	1989
	kg / Baum			dt	
Süßkirschen	26,3	24,2	20,7 ²⁾	18 011	15 403 ²⁾
Sauerkirschen	20,8	21,9	14,2 ²⁾	197 243	127 936 ²⁾
Äpfel	22,7	25,5	21,1	489 184	405 083
Birnen	20,0	18,3	14,4	23 620	18 643
Pflaumen / Zwetschen	29,8	25,4	22,4	63 822	56 095
Mirabellen / Renekloden	28,0	19,7	19,7	6 265	6 268
Aprikosen	15,7	9,0	11,5	606	775
Pfirsiche	15,5	14,0	13,6	2 736	2 664
Erdbeeren in dt / ha	75,6	79,0	77,9 ²⁾	12 639	.

1) Berechnet mit Baumzahlen aus der Obstanbauerhebung 1987. - 2) Endgültige Erträge.

Erträge ausgewählter Gemüsearten 1989

Gemüseart	Hektarerträge		
	D 1983/88	1988	1989
	dt		
Frühjahrsspinat	194,4	191,9	195,8
Frühkohlrabi	297,7	280,0	290,2
Frühjahrskopfsalat	219,2	250,0	243,3
Spargel	35,2	36,6	37,2
Frühweißkohl	324,9	327,3	325,4
Frührotkohl	305,6	307,3	307,2
Frühwirsing	261,8	262,9	262,3
Frühblumenkohl	254,2	264,6	255,9
Frühe Möhren	238,0	254,6	266,2
Buschbohnen	98,8	100,2	101,4 ¹⁾
Stangenbohnen	143,8	145,2	146,3 ¹⁾

1) Vorschätzung.

sich gebracht. Bei anspruchsvolleren Kulturen war aber auch bei intensiver Beregnung das Defizit in der Wasserbilanz nicht voll auszugleichen.

Die 1988 leicht über dem damaligen Vergleichswert aus den Jahren 1982/87 liegenden Hektarerträge der frühen Kohlarten Weiß-, Rotkohl und Wirsing wurden auch in diesem Jahr erreicht. Für den Blumenkohl allerdings war es zu warm und trocken, so daß der sehr gute Ertrag des Vorjahres um knapp 9 dt unterschritten wurde. Etwas besser als im Vorjahr fiel dagegen die Ernte von Frühkohlrabi aus. Der mehrjährige Vergleichswert wurde jedoch nicht überschritten. Gute Erträge erzielte wiederum der Spargel, der sonnige Lagen liebt. Auch die Ernte des Frühjahrsspinats stand dem nicht nach. Noch besser fiel, unterstützt durch die im Juni gefallenen Niederschläge, die Ernte der frühen Möhren aus. Trotz einer überdurchschnittlichen guten Flächenleistung blieb der Ertrag beim Frühjahrskopfsalat unter dem Vorjahreswert. Für Buschbohnen und Stangenbohnen versprechen die Vorschätzungen des Monats

Juli wie im Vorjahr durchschnittliche Erträge. Der gute Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Gemüsearten rundet das zufriedenstellende Ergebnis ab und verspricht für Herbst- und Dauerweißkohl, -rotkohl, -wirsing sowie späte Möhren ebenso gute Erträge. Etwas schlechter als die anderen Kohlarten hat wiederum der mittelfrühe und späte Blumenkohl bisher die diesjährigen Wachstumsbedingungen vertragen. Ihm dürften daher die Niederschläge Ende Juli/Anfang August zugute gekommen sein.

Trotz Hagelunwetter: Hoffnung für Winzer auf einen guten Jahrgang

Nach einem milden Winter ohne Frostschäden an Holz und Knospen sowie einer günstigen Witterung im Frühjahr, waren die Rebanlagen im April/Mai in einem erfreulichen Zustand, so daß der Austrieb in fast allen Anbaugebieten ausgesprochen gut verlief. Lediglich jeder fünfte Sachverständige beobachtete einen stärkeren Befall mit der Schwarzfleckkrankheit, die im Vorjahr durch die feuchte Frühjahrswitterung gehäuft auftrat.

Im Juni besaßen die Reben bereits einen Vegetationsvorsprung von etwa drei Wochen gegenüber normalen Jahren. So konnte auch die schon Ende Mai gute Beurteilung mehr als bestätigt werden und aus allen Anbaugebieten wurde ein guter Gescheinansatz gemeldet. Erste beträchtliche Schäden richtete ein Hagelunwetter in einigen Gemeinden im Bereich Südliche Weinstraße an. Die Blüte setzte entsprechend der fortgeschrittenen Vegetationsentwicklung bis zum 20. Juni in 95 % der Berichtsbezirke ein. Bei sonniger Witterung verlief sie ungestört und war in der Regel in fünf bis zehn Tagen abgeschlossen.

Nach möglicherweise eingetretenen Verrieselungsschäden, die es allerdings aufgrund der günstigen Wit-

Beurteilung des Traubenansatzes 1989

Anbauggebiet Bereich	Schlecht		Mittel		Gut	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	20	–	80	–	–	100
Mittelrhein	–	–	36	13	64	87
Bacharach	–	–	67	–	33	100
Rhein-Burgengau	–	–	27	20	73	80
Mosel-Saar-Ruwer	2	3	65	7	33	90
Bernkastel	–	8	59	8	41	84
Obermosel	8	–	61	–	31	100
Saar-Ruwer	–	–	78	10	22	90
Zell / Mosel	4	–	68	4	28	96
Nahe	–	–	42	7	58	93
Bad Kreuznach	–	–	38	6	62	94
Schloß Böckelheim	–	–	45	8	55	92
Rheinhessen	–	2	57	3	43	95
Bingen	–	–	46	7	54	93
Nierstein	–	3	56	–	44	97
Wonnegau	–	3	72	–	28	97
Rheinpfalz	2	7	35	5	63	88
Südliche Weinstraße	–	2	31	9	69	89
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	6	14	41	–	53	86
Rheinland-Pfalz	1	3	52	6	47	91

terung in diesem Jahr nur vereinzelt gab, erlaubt im Juli der verbleibende Besatz mit Beeren erste Vermutungen über die Ertragshöhe der kommenden Ernte. Sofern nicht wie in der Rheinpfalz und in weiten Bereichen der Mittelmosel Unwetter über die Weinlagen niedergingen und durch Hagel und Abschwemmungen Schäden hervorriefen, kam ein ausnahmslos guter Traubenansatz, der deutlich besser als 1988 war, zur Entwicklung. Es dürfte daher in diesem Jahr mit überdurchschnittlich hohen Hektarerträgen zu rechnen sein. Die Gesamterntemenge wird aufgrund der mittlerweile großflächig

aufgetretenen Hagelschäden, die teilweise 100 % der Ernte vernichteten, wohl geringer ausfallen als es der gute Zustand der nicht geschädigten Anlagen vermuten läßt. Bei dem nach wie vor guten Wachstumsstand der Reben, dem die zeitweilige Trockenheit offensichtlich kaum etwas ausgemacht hat, fehlt nur noch eine weiterhin sonnige Witterung mit einigen Niederschlägen, um vor allem noch die qualitativen Hoffnungen zu erfüllen.

Dr. Birgit Hübbers

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip

Die Grundlage für die Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden bilden die Artikel 106 und 107 Abs. 1 des Grundgesetzes, die durch das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 in wesentlichen Teilen neu gefaßt wurden. Hiernach steht das Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer Bund und Ländern gemeinsam zu. Am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind der Bund und die Länder je zur Hälfte beteiligt, jedoch erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Einkommensteuer, der 1980 auf 15 % angehoben wurde. Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer wurden nicht im Grundgesetz festgeschrieben. Sie werden durch Bundesgesetz festgesetzt, so daß eine Aufteilung nach Bedarfsmaßstäben erfolgen kann. 1970 hatte der Länderanteil an der Umsatzsteuer bei 30 % gelegen. In den folgenden Jahren wurde er mehrfach geändert und beträgt zur Zeit 35 %.

Grundlagen der Zerlegung

Von beträchtlicher finanzieller Tragweite war die im Rahmen der Finanzreform eingeleitete Verteilung der Erträge aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nach dem örtlichen Aufkommen. Das daraufhin erlassene Zerlegungsgesetz bewirkte, daß der allgemeine Grundsatz, nach dem die Landessteuern und der Länderanteil an der Einkommen- und Körper-

schaftsteuer den Ländern insoweit zustehen, als die Steuern in ihrem Gebiet vereinnahmt werden, für die Körperschaftsteuer und die Lohnsteuer in der Weise abgewandelt wurde, daß die Körperschaftsteuer den Ländern zufließen soll, in denen die Betriebsstätten der Körperschaften ihren Sitz haben, während die Lohnsteuer von den Ländern vereinnahmt werden soll, in denen die Lohnsteuerpflichtigen wohnen. Für die Einkommensteuer erübrigte sich eine derartige Vorschrift, da die Einkommensteuerpflichtigen, die keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielen, bei den für ihren Wohnort zuständigen Finanzämtern veranlagt werden und die Steuern auch dort abführen müssen.

Bei der Körperschaftsteuer zerlegt das Erhebungsfinanzamt die Steuerbeträge der Körperschaften mit mindestens 3 Mill. DM Einkommen und bei denen die bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigten Einkünfte aus Gewerbebetrieb mindestens 3 Mill. DM betragen und die Betriebsstätten in mehreren Ländern unterhalten auf die beteiligten Länder nach den für die Gewerbesteuerzerlegung geltenden Bestimmungen. Entsprechend den dortigen Regelungen flossen 1988 dem Land als Anteil aus der Körperschaftsteuerzerlegung 109 Mill. DM zu. Dies sind 1,1 % der Steuereinnahmen des Landes.

Verglichen mit der Körperschaftsteuerzerlegung hat die Zerlegung der Lohnsteuereinnahmen ein wesentlich

Von den Finanzämtern anderer Länder vereinnahmte Lohnsteuer
rheinland-pfälzischer Arbeitnehmer 1983 und 1986

Ausgleichs- verpflichtetes Bundesland	Steuerpflichtige /-fälle			Lohnsteuer		
	1983	1986		1983	1986	
	Anzahl	Veränderung in %		1000 DM	Veränderung in %	
Schleswig-Holstein	1 607	1 640	2,1	10 050	12 017	19,6
Hamburg	5 865	6 547	11,6	45 419	56 928	25,3
Niedersachsen	5 906	6 261	6,0	33 797	39 751	17,6
Bremen	1 034	968	- 6,4	5 627	6 015	6,9
Nordrhein-Westfalen	90 796	101 015	11,3	488 736	595 903	21,9
Hessen	101 383	116 442	14,9	579 921	735 852	26,9
Baden-Württemberg	80 037	88 784	10,9	453 780	564 321	24,4
Bayern	18 887	21 824	15,6	105 156	132 479	26,0
Saarland	30 090	30 024	- 0,2	124 987	143 720	15,0
Berlin (West)	1 357	1 514	11,6	6 457	7 796	20,7
Insgesamt	336 962	375 019	11,3	1 853 930	2 294 784	23,8

größeres Gewicht. Nach § 5 des Zerlegungsgesetzes wird die von einem Land vereinnahmte Lohnsteuer insoweit zerlegt, als sie von den Arbeitsentgelten der in den anderen Bundesländern ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmern insgesamt einbehalten worden ist. Anhand der Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte wird festgestellt, ob die Lohnsteuer nicht in dem Bundesland abgeführt wird, in dem der Lohnsteuerpflichtige seinen Wohnsitz hat. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn der Lohnsteuerpflichtige als Pendler in einem außerhalb der Grenzen seines Heimatlandes gelegenen Betrieb arbeitet. Es ist aber auch möglich, daß der Lohnsteuerpflichtige in seinem Heimatland in dem Zweigbetrieb eines Unternehmens beschäftigt ist, dessen Hauptniederlassung in einem anderen Bundesland liegt.

Diese Fälle bedingen eine Zerlegung der Lohnsteuer, denn nach dem Einkommensteuergesetz hat der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer grundsätzlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt abzuführen. Dabei gilt als Betriebsstätte der Betrieb oder Teil des Betriebes des Arbeitgebers, in dem die Berechnung des Arbeitslohnes und der Lohnsteuer vorgenommen wird. Dieses Verfahren kann sogar dazu führen, daß beispielsweise für die Arbeiter eines Betriebes die Lohnsteuer in einem anderen Bundesland vereinnahmt wird als für die Angestellten des gleichen Betriebes, weil deren Gehalt in der Unternehmenszentrale und der Lohn für die Arbeiter in der örtlichen Betriebsstätte berechnet wird.

Um den Aufwand bei der Ermittlung der Zerlegungsanteile möglichst gering zu halten, sieht das Zerlegungsgesetz bestimmte Schematisierungen vor. So gilt ein Arbeitnehmer als in dem Land ansässig, in dem das für die Einkommensteuerveranlagung oder den Lohnsteuerjahresausgleich örtlich zuständige Finanzamt belegen ist. In den übrigen Fällen wird als Wohnsitzland das Land zugrunde gelegt, in dem die Lohnsteuerkarte ausgestellt wurde. Hatte ein Beschäftigter mehrere aufeinander folgende Arbeitsverhältnisse, so wird unterstellt, daß die Lohnsteuer von dem Land vereinnahmt wurde, zu dessen Bereich das Betriebsstättenfinanzamt gemäß der letzten Eintragung auf der Lohnsteuerkarte gehört.

Für die Zerlegung der Lohnsteuer wird eine Schlüsselzahl gebildet, indem die in einem Land von den Lohnsteuerpflichtigen mit Wohnsitz in einem anderen Land zugeflossenen Lohnsteuerbeträge in Beziehung zu den Lohnsteuereinnahmen des Landes insgesamt gesetzt werden. Da Lohnsteuerstatistiken in Abständen von drei Jahren durchgeführt werden, müssen die Schlüsselzahlen für einen entsprechenden Zeitraum konstant gehalten werden. Sie gelten auf der Basis der Lohnsteuerzerlegungsstatistik 1986 für die Jahre 1989 bis 1991.

Steigende Zahl von Zerlegungsfällen

Im Jahre 1986 ist bei 375 019 Arbeitnehmern mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz die Lohnsteuer in einem anderen Bundesland vereinnahmt worden. Gegenüber 1983 bedeutet dies eine Zunahme um 11,3 %. Gleichzeitig wurde bei 98 469 nichtselbständig Tätigen mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland die Lohnsteuer von ihren rheinland-pfälzischen Arbeitgebern hier abgeführt. Ihre Zahl ist um 5 % gestiegen. Die erste Gruppe von Arbeitnehmern begründet Zerlegungsansprüche von Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Bundesländern, während letztere zu Zerlegungsverpflichtungen von Rheinland-Pfalz führt.

In anderen Bundesländern wurden 2,3 Mrd. DM Lohnsteuer von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz einbehalten. Das sind 23,8 % mehr als bei der vorhergehenden Erhebung. Rheinland-Pfalz hat seinerseits Lohnsteuerbeträge von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in anderen Bundesländern in Höhe von 0,8 Mrd. DM vereinnahmt, die im Zerlegungsverfahren zu Ausgleichsansprüchen der jeweiligen Wohnsitzländer führen. Hier errechnet sich eine Steigerung um 18,3 %.

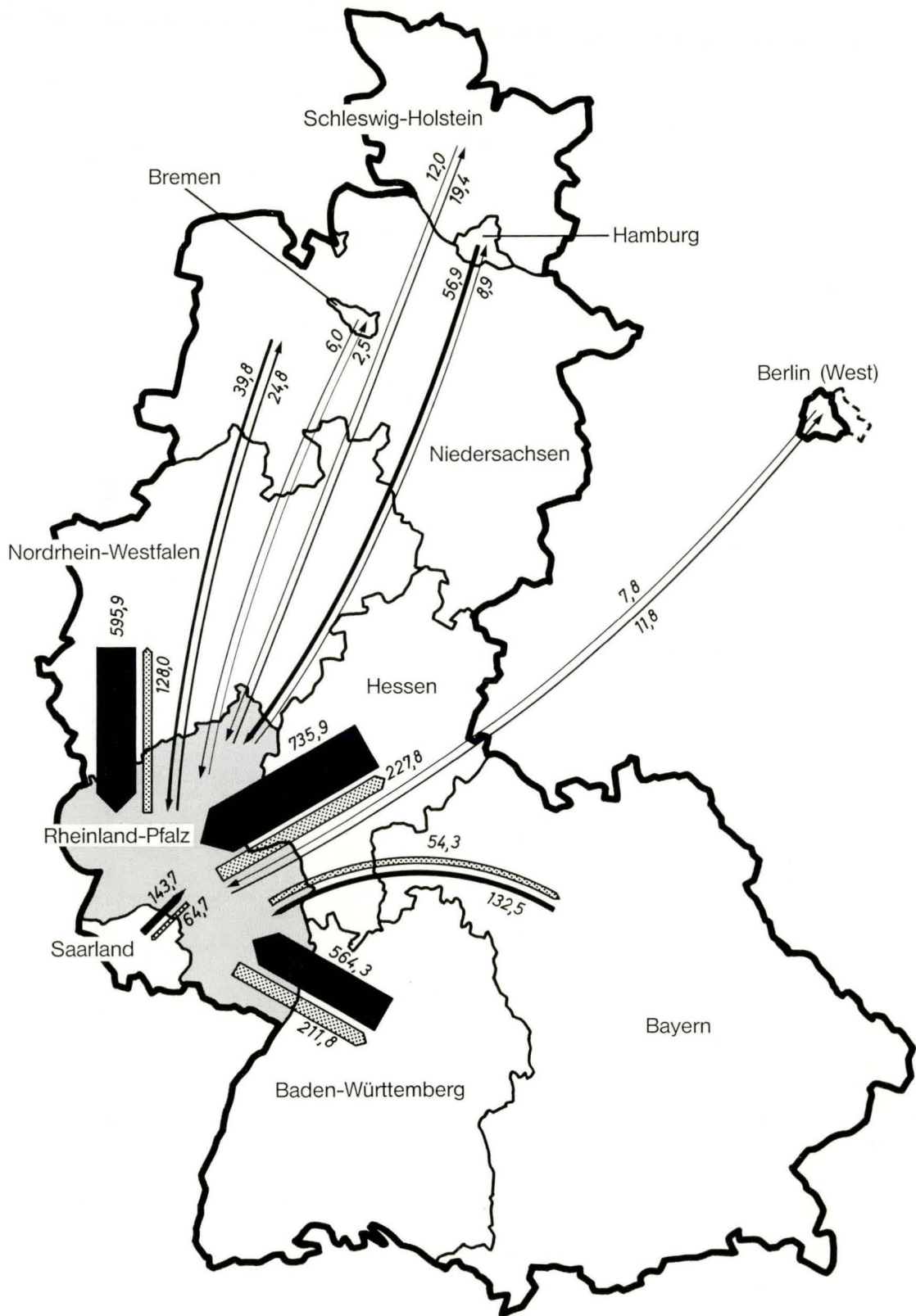
Die Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder ergibt für Rheinland-Pfalz einen Erstattungsanspruch, der eine bedeutende Verbesserung der Steuereinnahmen bewirkt. Im Jahre 1988 sind dem Land als Anteil an den Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung 686 Mill. DM oder 7,2 % seiner gesamten Steuereinnahmen zugeflossen.

Durch rheinland-pfälzische Finanzämter vereinnahmte Lohnsteuer von in anderen Bundesländern ansässigen Arbeitnehmern 1983 und 1986

Anspruchsberechtigtes Bundesland gegenüber Rheinland-Pfalz	Lohnsteuerfälle mit Zerlegungsanteilen			Lohnsteuer		
	1983	1986	1983 = 100	1983	1986	1983 = 100
	Anzahl			1000 DM		
Schleswig-Holstein	2 375	2 257	95,0	16 933	19 406	114,6
Hamburg	1 050	980	93,3	9 339	8 910	95,4
Niedersachsen	3 133	3 360	107,2	20 006	24 751	123,7
Bremen	392	361	92,1	2 381	2 506	105,2
Nordrhein-Westfalen	16 608	18 515	111,5	104 204	127 961	122,8
Hessen	26 909	29 624	110,1	188 851	227 832	120,6
Baden-Württemberg	24 050	24 286	101,0	180 903	211 807	117,1
Bayern	7 368	7 044	95,6	49 424	54 332	109,9
Saarland	10 475	10 753	102,7	55 427	64 681	116,7
Berlin (West)	1 394	1 289	92,5	9 822	11 806	120,2
I n s g e s a m t	93 754	98 469	105,0	637 292	753 990	118,3

Ergebnisse der Lohnsteuererhebung 1986

in Mill. DM



Die angrenzenden Bundesländer dominieren bei der Zerlegung

Die an Rheinland-Pfalz grenzenden Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg stellen sowohl bei den Zerlegungsfällen als auch bei der Lohnsteuer, die dem Land Rheinland-Pfalz zusteht, den größten Anteil. Die drei genannten Länder vereinigen 81,7 % der Steuerpflichtigen und 82,6 % der Lohnsteuer auf sich, die durch die Zerlegung an Rheinland-Pfalz geht. Auf das Saarland als kleinstem Nachbarland entfallen 8 % der Steuerpflichtigen und 6,3 % der Lohnsteuer. Die weiter entfernt liegenden norddeutschen Länder sowie Berlin und Bayern haben sowohl nach der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen als auch der Lohnsteuer für Rheinland-Pfalz ein geringeres Gewicht. Zumeist dürfte die Zerlegung durch die Pendelwanderungen in die benachbarten Bundesländer verursacht werden. Auch sind zahlreiche Arbeitnehmer infolge der zentralen Lohnabrechnung zu Zerlegungsfällen geworden, die vermutlich in den weiter entfernt liegenden Bundesländern dominieren. Eine exakte regionale Qualifizierung ist anhand des vorliegenden Datenmaterials nicht möglich.

Geringer Zuwachs bei Zerlegungsverpflichtungen

Neben Zerlegungsansprüchen hat Rheinland-Pfalz auch Zerlegungsverpflichtungen gegenüber den ande-

ren Bundesländern. Diese ergeben sich, wenn beispielsweise Pendler aus benachbarten Bundesländern zur Arbeit nach Rheinland-Pfalz fahren oder wenn rheinland-pfälzische Unternehmen Betriebsstätten in anderen Bundesländern haben. Auch der Vertrieb von Waren, den rheinland-pfälzische Unternehmen in anderen Bundesländern mit dort ansässigen Arbeitnehmern betreiben, führt zu Zerlegungsverpflichtungen.

Für Rheinland-Pfalz sind die Zerlegungsverpflichtungen um 18,3 % gestiegen. Sie haben sich damit geringer erhöht als die Zerlegungsansprüche, so daß die Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung für Rheinland-Pfalz an Gewicht zunehmen werden. Besonders die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin haben deutlich höhere Anspruchszuwächse als der Durchschnitt zu verzeichnen. Lediglich gegenüber Hamburg verringerten sich die rheinland-pfälzischen Zerlegungsverpflichtungen.

Die Saldierung von Ansprüchen und Verpflichtungen zeigt, daß Rheinland-Pfalz die größten Nettoforderungen an Hessen hat, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Negativ ist die Nettoposition nur gegen Schleswig-Holstein und Berlin, denn hier sind die Verpflichtungen größer als die Ansprüche.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 631	3 642	3 637	3 638	3 640
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 992	2 075 ^p	1 477 ^p	3 025 ^p	2 548 ^p	1 641 ^p	1 417 ^p	3 162 ^p	2 815 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,8 ^p	5,0 ^p	9,9 ^p	8,6 ^p	5,3 ^p	4,7 ^p	10,2 ^p	9,4 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 148	3 321 ^p	3 040 ^p	3 334 ^p	3 364 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,9 ^p	10,3 ^p	10,9 ^p	11,3 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 501	3 490 ^p	3 399 ^p	3 589 ^p	3 286 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,5 ^p	11,5 ^p	11,7 ^p	11,1 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27 ^p	26 ^p	35 ^p	24 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,1	8,3 ^p	8,4 ^p	10,5 ^p	7,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 353	- 169 ^p	- 359 ^p	- 255 ^p	78 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,2	- 0,6 ^p	- 1,2 ^p	- 0,8 ^p	0,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 478	7 810	6 844	5 964	7 263
* Fortgezogene	Anzahl	6 326	6 091	5 210	4 807	5 600
* Wanderungssaldo	Anzahl	152	1 719	1 634	1 157	1 663
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 036	9 334	9 156	8 316	8 621
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	116 602	111 804	111 963	104 845	101 630	109 439	100 204	95 310	95 101
* Männer	Anzahl	61 911	57 878	58 222	52 653	49 810	58 459	50 771	47 752	46 480
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 825	.	.	.	5 624	8 068	.	.	4 942
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 720	.	.	.	34 879	38 022	.	.	31 848
Arbeitslosenquote	%	8,1	7,6	7,7	7,2	7,0	7,4	6,8	6,5	6,5
Offene Stellen	Anzahl	8 317	8 973	9 204	9 555	9 611	10 347	10 738	11 662	11 660
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	652	714	.	.	815
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	3 313	3 750	.	.	4 435
Kurzarbeiter	Anzahl	11 005	8 986	13 828	8 266	5 700	11 033	7 460	4 297	2 025
Männer	Anzahl	8 803	6 990	11 069	6 199	4 096	8 889	5 764	2 997	1 388
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 684	14 117	13 120	14 714	12 912	14 286	14 024	14 284	13 303
* Rinder	t	4 695	4 252	3 772	4 170	3 808	4 582	4 017	3 875	3 857
* Kälber	t	32	25	21	29	25	35	24	20	18
* Schweine	t	9 832	9 696	9 196	10 367	8 956	9 508	9 848	10 250	9 316
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	73	71	72	81	78	67	75	83	78
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,4	94,5	95,3	95,7	93,4	95,2	95,5	95,9
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 584	2 601	2 598	2 604	2 608	2 608	2 630	2 638	2 646
* Beschäftigte	1000	365	367	364	364	365	370	371	372	374
* Arbeiter ⁸⁾	1000	250	250	248	248	249	251	252	253	255
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 730	34 561	34 464	34 453	33 910	35 283	35 759	33 537	36 423
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 357	1 422	1 313	1 309	1 482	1 374	1 386	1 459	1 535
* Löhne	Mill. DM	783	812	737	758	843	794	776	852	867
* Gehälter	Mill. DM	574	610	576	551	639	580	610	607	668
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 007	1 049	1 021	1 043	1 068	1 105	1 065	1 096	1 120
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 913	7 416	7 214	7 465	7 596	8 385	8 270	7 887	8 718
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 495	2 832	2 765	2 786	2 901	3 389	3 285	3 130	3 422

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe										
insgesamt	1980 = 100	103	107	110	112	113	110	116	110	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	105	109	113	114	115	114	119	112	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	104	109	113	114	115	112	118	113	112 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	110	117	122	121	124	121	124	121	121 ^p
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	76	84	94	96	102	82	93	98	93 ^p
Chemische Industrie	1980 = 100	123	130	135	133	137	135	135	132	133 ^p
* Investitionsgüter										
produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	101	105	111	111	110	120	108	111 ^p
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	103	104	117	115	107	127	102	118 ^p
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	96	96	106	107	103	120	125	116	105 ^p
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	104	100	100	103	106	102	98 ^p
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	74	68	73	64	61	74	66	57	54 ^p
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	111	117	108	121	122	102	115	115	108 ^p
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	86	92	99	102	86	95	99	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	690	928	1 019	1 193	1 139	458	434	420	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 053	1 835	1 692	1 452	1 299	2 481	2 328	1 815	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	822	844	819	817	782	941	860	868	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 873	1 857	1 818	1 747	1 578	1 971	1 877	1 344	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	386	377	344	314	302	445	431	334	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	95	92	.	.	90	89
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	148	151	.	.	150	134
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 061	58 869	58 407	59 519	60 361	57 351 ^p	58 106 ^p	58 678 ^p	59 894 ^p
Facharbeiter	Anzahl	30 687	30 425	29 676	30 395	34 164	29 828 ^p	30 228 ^p	30 595 ^p	34 517 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 097	14 514	14 490	14 893	12 300	13 910 ^p	14 293 ^p	14 426 ^p	11 898 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 993	6 714	6 574	7 384	7 616	6 648 ^p	6 959 ^p	6 930 ^p	8 147 ^p
Privater Bau	1000	4 234	4 182	3 996	4 501	4 633	4 209 ^p	4 409 ^p	4 299 ^p	5 012 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 433	2 406	2 296	2 580	2 767	2 389 ^p	2 476 ^p	2 427 ^p	2 808 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	41	42	25	38	41	14 ^p	31 ^p	65 ^p	51 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 760	1 734	1 675	1 883	1 825	1 806 ^p	1 902 ^p	1 807 ^p	2 153 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 759	2 533	2 578	2 883	2 983	2 439 ^p	2 550 ^p	2 631 ^p	3 135 ^p
Hochbau	1000	608	609	613	625	681	599 ^p	602 ^p	621 ^p	689 ^p
Tiefbau	1000	2 151	1 924	1 965	2 258	2 302	1 840 ^p	1 948 ^p	2 010 ^p	2 446 ^p
Straßenbau	1000	1 271	1 011	998	1 175	1 175	934 ^p	960 ^p	1 090 ^p	1 272 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	174	181	166	186	193	171 ^p	173 ^p	196 ^p	201 ^p
* Löhne	Mill. DM	143	148	136	155	160	139 ^p	141 ^p	164 ^p	165 ^p
* Gehälter	Mill. DM	31	32	30	31	33	32 ^p	32 ^p	32 ^p	36 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	532	559	448	529	598	528 ^p	504 ^p	520 ^p	672 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	713	770	789	857	922	894	1 063	840	1 020
* mit 1 Wohnung	Anzahl	584	629	653	715	741	722	856	673	796
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	98	104	106	107	129	128	160	107	158
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	31	36	30	35	52	44	47	60	66
* Umbauter Raum	1000 m³	669	726	745	801	895	912	995	813	1 003
* Wohnfläche	1000 m²	109	119	121	128	148	150	159	133	164
Wohnräume	Anzahl	5 041	5 459	5 489	5 887	6 698	6 843	7 406	6 110	7 684
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	236	240	259	288	296	323	264	331
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	1	1	–	–	2	2	6	2	1
Unternehmen	Anzahl	115	136	134	111	169	121	187	119	123
Private Haushalte	Anzahl	597	632	655	746	751	771	870	719	896
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	160	164	168	136	189	169	167	130	190
* Umbauter Raum	1000 m³	659	725	771	482	759	784	706	559	1 022
* Nutzfläche	1000 m²	110	124	131	86	130	125	125	97	154
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	136	146	112	117	112	112	109	204
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	28	53	15	26	25	33	17	27
Unternehmen	Anzahl	125	132	110	118	160	143	131	113	160
Private Haushalte	Anzahl	3	4	5	3	3	1	3	–	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 108	1 218	1 150	1 283	1 529	1 720	1 540	1 383	1 701
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 484	2 729	2 636	2 762	2 881	3 104	3 081
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 371	1 491	1 405	1 546	1 550	1 752	1 749
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	209	211	205	201	214	238	238
Dänemark	Mill. DM	50	45	45	43	50	47	43
Frankreich	Mill. DM	337	363	332	376	384	469	430
Griechenland	Mill. DM	23	25	24	30	29	29	30
Großbritannien	Mill. DM	235	272	233	286	278	309	344
Irland	Mill. DM	8	10	10	10	8	12	11
Italien	Mill. DM	236	255	236	305	275	303	296
Niederlande	Mill. DM	183	212	225	187	205	217	221
Spanien	Mill. DM	74	84	78	87	87	106	111
Portugal	Mill. DM	16	18	16	20	21	22	23
USA und Kanada	Mill. DM	164	177	187	181	189	194	213
Japan	Mill. DM	48	61	49	57	59	56	61
Entwicklungsländer	Mill. DM	299	347	324	337	374	371	342
Staatshandelsländer	Mill. DM	118	125	155	132	142	136	141
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 464	1 577	1 545	1 555	1 568	1 912	1 988
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	882	904	922	909	907	1 104	1 140
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	164	160	166	170	155	186	218
Dänemark	Mill. DM	22	23	25	21	24	22	32
Frankreich	Mill. DM	200	218	231	217	215	251	282
Griechenland	Mill. DM	10	10	12	18	11	12	10
Großbritannien	Mill. DM	83	91	83	87	101	121	97
Irland	Mill. DM	3	6	8	6	3	10	8
Italien	Mill. DM	146	152	168	151	145	188	178
Niederlande	Mill. DM	205	179	164	177	200	223	232
Spanien	Mill. DM	40	55	56	52	42	66	69
Portugal	Mill. DM	9	10	9	10	9	25	16
USA und Kanada	Mill. DM	82	99	117	113	102	135	194
Japan	Mill. DM	83	106	107	102	120	108	93
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	207	184	193	200	266	247
Staatshandelsländer	Mill. DM	45	51	45	42	50	61	51

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	101	102	100	100	100	103	102	102	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	103	107	102	107	102	115	105	109	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99	98	97	98	97	99	99
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	104	97	105	105	108	109
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	101	103	102	107	104	103	105	104	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	104	109	109	116	110	112	116	111	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	102	96	112	111	98	106	121	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	101	105	97	116	116	88	102	123	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	98	100	96	109	107	105	110	121	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	453	472	399	560	579	336	412	581	...
* Ausländer	1000	108	108	84	127	145	68	80	127	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 607	1 643	1 361	1 863	2 045	1 196	1 294	1 901	...
* Ausländer	1000	355	351	243	370	455	205	213	376	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 520	1 503	1 684	1 585	1 544	1 570	1 554	1 531	...
* Güterversand	1000 t	950	968	1 095	1 052	1 077	966	876	923	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 420	14 709	18 558	17 215	17 086	20 580	18 427	15 732	17 603
Krafträder	Anzahl	499	516	1 379	1 144	782	1 696	1 028	891	682
* Personen- und Kombinations-										
kraftwagen	Anzahl	14 048	13 286	16 139	15 016	15 194	17 636	16 249	13 812	15 674
* Lastkraftwagen	Anzahl	555	596	650	628	719	731	713	617	751
Zugmaschinen	Anzahl	218	200	287	277	245	298	274	272	299
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 608	10 811	9 937	11 573	10 704	10 509	11 168	11 080	10 698 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 682	1 676	2 059	1 929	1 547	1 622	1 921	1 823 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 991	9 129	8 261	9 514	8 775	8 962	9 546	9 159	8 875 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 177	2 283	2 272	2 822	2 618	2 133	2 168	2 530	2 510 ^P
* Getötete	Anzahl	42	42	39	48	44	26	36	56	47 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	22	27	24	11	25	31	32 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	7	13	13	4	4	12	8 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	3	4	1	3	2	1 ^P
Fußgänger	Anzahl	8	7	6	4	1	10	3	8	5 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	617	641	646	780	750	578	588	689	746 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	342	368	344	376	410	348	347
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	118	118	139	223	182	90	113
Radfahrer	Anzahl	55	56	70	82	77	41	41
Fußgänger	Anzahl	83	82	74	80	59	76	69
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	80	72	61	75	79	59	65	63	56
Angemeldete Forderungen	1000 DM	45 767	30 817	42 740	39 223	17 246	25 758	35 987	22 994	18 090
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	1	-	1	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	587	505	512	632	480	417	428	480	426
* Wechselsumme	1000 DM	4 146	4 100	3 736	3 574	3 022	4 207	2 996	3 549	3 396

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	84 531	88 447	85 361	85 712	86 648	89 575	89 962	90 451	91 308
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	82 443	86 207	83 290	83 612	84 537	87 323	87 677	88 091	89 070
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 189	14 555	14 197	14 009	14 748	15 014	14 881	14 967	15 499
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 909	14 355	13 906	13 791	14 449	14 738	14 646	14 625	15 181
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	280	200	290	218	299	276	234	343	318
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 135	7 034	6 981	7 226	7 184	6 793	6 902	6 902	7 015
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 235	5 962	6 074	6 326	6 307	5 826	5 835	5 837	5 937
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	900	1 072	907	900	877	967	1 067	1 065	1 078
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	61 119	64 618	62 112	62 377	62 604	65 515	65 894	66 222	66 556
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	50 266	53 599	51 128	51 273	51 536	54 476	54 814	55 068	55 451
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 853	11 019	10 984	11 105	11 068	11 039	11 080	11 154	11 105
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	79 944	84 034	79 536	80 877	80 754	82 776	82 787	83 361	83 041
* Sichteinlagen	Mill. DM	11 013	12 306	10 705	11 295	11 422	11 347	11 476	11 760	11 410
* Termineinlagen	Mill. DM	28 315	29 897	28 064	28 849	28 620	30 585	30 773	31 298	31 583
* Spareinlagen	Mill. DM	40 617	41 830	40 767	40 734	40 711	40 844	40 538	40 302	40 048
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 847	1 907	1 543	1 525	1 563	1 973	1 771	1 614	1 586
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 657	1 807	1 564	1 558	1 585	2 375	2 077	1 850	1 841
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 455 533	1 558 229	962 208	1 390 424	1 744 211	1 994 751	1 028 003	1 496 714	1 996 414
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 013 291	1 089 944	477 242	937 751	1 348 138	1 595 136	551 056	1 024 826	1 580 597
* Lohnsteuer	1000 DM	710 348	746 794	509 568	860 770	553 960	526 229	578 148	937 062	627 831
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1000 DM	128 269	134 523	–	340 787	–	–	–	367 639	–
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 070	129 926	– 53 513	– 39 039	393 355	412 649	– 66 264	– 22 825	423 072
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	29 130	32 090	6 933	21 529	21 363	29 726	32 633	50 472	32 385
* Körperschaftsteuer	1000 DM	150 743	181 133	14 254	94 491	379 460	626 532	6 539	60 117	497 309
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1000 DM	33 271	18 086	–	59 333	–	–	–	– 3 984	–
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	442 243	468 286	484 966	452 673	396 073	399 615	476 947	471 888	415 817
* Umsatzsteuer	1000 DM	296 547	309 055	303 062	300 792	228 980	222 726	269 855	280 814	233 209
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	145 696	159 230	181 904	151 881	167 093	176 889	207 092	191 074	182 608
* Zölle	1000 DM	10 971	14 478	16 396	11 963	13 861	18 001	21 192	16 972	17 238
* Bundessteuern	1000 DM	121 027	121 581	99 699	106 290	119 225	124 536	99 220	107 632	113 536
Kapitalverkehrsteuern	1000 DM	1 874	2 148	1 612	954	3 965	2 002	1 572	1 137	5 005
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1000 DM	117 493	117 713	96 551	103 910	113 786	120 700	95 712	104 480	106 615
* Landessteuern	1000 DM	86 069	90 906	89 044	121 331	82 689	89 272	100 295	135 815	85 730
* Vermögensteuer	1000 DM	17 520	19 127	10 973	48 202	2 452	6 145	11 139	57 407	2 253
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	43 680	43 393	52 432	50 564	47 987	53 105	59 921	55 905	53 276
* Biersteuer	1000 DM	6 164	6 274	5 987	5 749	7 508	4 651	5 935	6 034	7 573

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften sowie Postgiro- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	504 330	589 142	.	.	596 613	530 284	.	713 422
* Grundsteuer A	1000 DM	8 139	8 397	.	.	9 860	6 770	.	9 755
* Grundsteuer B	1000 DM	93 871	101 503	.	.	108 397	87 574	.	110 585
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	353 821	426 612	.	.	416 962	382 054	.	534 379
Grundwerbsteuer	1000 DM	35 193	37 787	.	.	40 259	42 402	.	38 247
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾									
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	861 611	915 358	647 182	808 179	979 698	1111 498	674 358	1095 308
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	444 139	479 218	204 416	407 245	603 020	727 153	237 138	711 481
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	287 463	304 391	315 232	294 242	257 453	259 754	310 019	270 285
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	746 669	795 417	563 873	767 436	818 642	948 652	570 615	982 169
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	441 524	475 410	199 680	401 911	600 643	723 690	232 459	706 547
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	210 094	218 933	247 314	243 792	135 310	135 635	209 880	189 886
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	826 186	920 341	.	.	867 363	896 962	.	1006 763
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1000 DM	300 720	363 370	.	.	354 651	325 589	.	456 225
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	374 957	394 439	.	.	333 059	423 143	.	371 496
Preise									
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	122,4	122,2	122,4	122,6	125,2	125,9	126,4
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,0	117,2	117,4	117,6	118,2	118,9	119,7	120,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	.	120,9	.	.	125,2	.
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	17,48	18,24	18,12	.	.	18,95	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	18,34	19,14	19,02	.	.	19,86	.	.
* Facharbeiter	DM	19,27	20,13	20,01	.	.	20,84	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	17,58	18,30	18,13	.	.	19,09	.	.
Hilfsarbeiter	DM	15,55	16,37	16,21	.	.	17,28	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	12,95	13,40	13,33	.	.	13,95	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	12,72	13,30	13,21	.	.	13,96	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,6	40,7	40,7	.	.	41,2	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	40,9	41,1	41,1	.	.	41,5	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,0	39,1	.	.	39,3	.	.
Angestellte									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttomonatsverdienste	DM	4 368	4 562	4 545	.	.	4 720	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 907	4 091	4 083	.	.	4 254	.	.
* männlich	DM	4 651	4 873	4 860	.	.	5 095	.	.
* weiblich	DM	3 053	3 190	3 173	.	.	3 297	.	.
Technische Angestellte	DM	4 772	4 964	4 939	.	.	5 107	.	.
* männlich	DM	4 883	5 080	5 058	.	.	5 230	.	.
* weiblich	DM	3 399	3 577	3 514	.	.	3 675	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 008	3 090	3 043	.	.	3 182	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 997	3 076	3 030	.	.	3 171	.	.
* männlich	DM	3 596	3 691	3 637	.	.	3 781	.	.
* weiblich	DM	2 487	2 557	2 525	.	.	2 648	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 185	...	61 317 ^P
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 880	33 140 ^P	25 222 ^P	23 945 ^P	49 482 ^P	14 714 ^P	26 528 ^P	25 532 ^P	51 999 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	53 501	55 930 ^P	58 087 ^P	51 481 ^P	57 989 ^P	52 118 ^P	57 079 ^P	52 655 ^P	59 273 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 285	56 885 ^P	60 048 ^P	56 686 ^P	58 779 ^P	57 265 ^P	61 721 ^P	54 153 ^P	60 450 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 3 784	- 955 ^P	- 1 961 ^P	- 5 205 ^P	- 790 ^P	- 5 147 ^P	- 4 642 ^P	- 1 498 ^P	- 1 177 ^P
Arbeitslose	1000	2 229	2 242	2 440	2 262	2 149	2 305	2 178	2 035	1 947
Männer	1000	1 207	1 199	1 382	1 219	1 132	1 284	1 191	1 071	1 015
Arbeitslosenquote	%	8,9	8,7	9,6	8,9	8,4	8,9	8,4	7,9	7,6
Offene Stellen	1000	171	189	190	193	196	216	233	238	249
Kurzarbeiter	1000	278	208	424	261	198	199	186	200	97
Männer	1000	231	173	370	211	156	174	161	178	76
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	103	106	111	105	104	105	115	113	105
ohne Baugewerbe	1985 = 100	102	106	112	104	103	106	116	112	104
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	102	106	112	104	104	106	116	113	105
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	99	106	108	105	106	103	112	110	106
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	105	108	115	107	106	110	122	119	109
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	103	106	117	105	102	107	117	111	102
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	100	102	102	95	97	94	102	103	98
Baugewerbe	1985 = 100	106	108	86	118	124	87	108	118	117
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 054	7 038	7 006	6 993	7 002	7 054	7 075	7 063	7 077
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	645	644	712	639	638	634	667	661	616
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	123 074	130 139	139 420	126 383	125 926	129 674	142 772	143 898	133 516
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 518	39 562	43 227	37 583	38 275	41 411	45 015	44 019	41 656
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 549	30 610	34 807	29 074	27 347	32 406	32 975
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 790	2 747	3 478	2 932	2 227	2 713	2 723	2 889	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	985	972	921	973	988	910	934 ^P	955 ^P	964 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	103	105	88	108	118	82	100 ^P	110 ^P	107 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 841	9 412	7 140	7 619	9 037	6 623	8 273 ^P	8 890 ^P	9 142 ^P
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 121	10 078	10 131	11 337	11 731	9 376	11 231	12 483	12 462
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 568	9 401	9 570	10 708	11 051	8 593	10 395	11 538	11 404
Wohnfläche	1000 m ²	1 450	1 640	1 594	1 802	1 852	1 617	1 905	2 117	2 131
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 536	2 668	2 424	2 679	2 956	2 087	2 379	2 760	2 771
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	15 897	17 851	16 738	18 876	19 563	18 026	20 595	23 019	23 675
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	104,0	108,2	114,7	105,4	107,7	97,6 ^P	116,9 ^P	111,1 ^P	110,9 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	102,3	105,9	97,3	103,0	115,4	91,9 ^P	105,5 ^P	107,1 ^P	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 918	47 313	50 056	43 334	47 573	50 610	55 149	53 456	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	23 123	25 686	28 357	23 962	26 571	28 971	30 819	29 747	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 240	3 506	4 098	3 384	3 610	3 979	4 153	4 030	...
Frankreich	Mill. DM	5 301	5 939	6 598	5 546	6 094	6 932	7 557	6 793	...
Großbritannien	Mill. DM	3 845	4 406	4 509	4 011	4 564	4 646	5 143	5 032	...
Italien	Mill. DM	3 838	4 304	4 787	3 990	4 507	4 885	5 229	5 216	...
Niederlande	Mill. DM	3 841	4 099	4 653	3 850	4 002	4 333	4 713	4 600	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 123	36 647	41 476	33 833	37 265	39 251	42 311	43 581	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	17 955	18 954	21 852	17 570	19 945	19 867	22 018	22 586	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 427	2 599	3 016	2 400	2 853	2 799	3 008	3 108	...
Frankreich	Mill. DM	3 958	4 420	5 068	4 142	4 805	4 435	5 054	5 657	...
Großbritannien	Mill. DM	2 434	2 538	2 769	2 318	2 689	2 695	2 851	2 968	...
Italien	Mill. DM	3 267	3 352	3 914	2 995	3 420	3 589	3 792	3 826	...
Niederlande	Mill. DM	3 746	3 791	4 446	3 570	3 876	3 953	4 640	4 429	...
Geld und Kredit ²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 145	2 277	2 158	2 161	2 171	2 291	2 298	2 302	2 311 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 643	1 733	1 649	1 651	1 656	1 739	1 749	1 756	1 764 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	502	543	509	510	515	552	549	546	547 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 583	1 679	1 573	1 580	1 595	1 664	1 651	1 655	1 662 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	707	728	712	713	713	718	712	708	704 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	29 448	30 640	35 251	22 788	22 535	27 227	39 463	25 336	26 062
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	19 171	19 952	26 534	11 679	12 202	14 151	29 994	14 168	14 825
Lohnsteuer	Mill. DM	13 681	13 959	11 335	11 867	12 412	12 644	12 333	13 372	13 600
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 558	2 766	7 861	- 839	- 993	76	8 926	- 922	- 382
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 900	10 274	8 713	10 194	10 046	13 047	9 450	10 221	10 931
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 615	5 638	4 036	5 255	5 564	8 080	4 389	4 838	5 638
Zölle	Mill. DM	459	527	536	624	475	571	581	587	540
Bundessteuern	Mill. DM	4 313	4 394	4 391	4 026	4 494	5 350	4 907	4 645	5 391
Versicherungssteuer	Mill. DM	227	242	235	183	212	1 269	300	249	305
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 964	4 047	4 041	3 715	4 182	3 954	4 461	4 292	4 976
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	103,9	104,9	103,9	104,0	104,0	108,7	109,2	109,9	110,1 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	93,9	94,0	94,2	92,5	91,6	99,1	100,1	99,6	100,1 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	95,1	96,3	95,5	95,8	96,0	98,4	98,7	99,2	99,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	119,2	121,7	-	-	121,5	123,9	-	-	125,7
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	-	-	120,9	123,4	-	-	125,2
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	105,8	107,0	-	-	107,0	107,8	-	-	108,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	122,4	121,9	122,2	122,4	125,0	125,2	125,9	126,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,0	117,2	116,9	117,4	117,6	118,9	118,9	119,7	120,3
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	122,2	123,7	123,3	123,5	123,6	124,8	125,1	125,3	125,4
Wohnungsmieten	1980 = 100	128,7	131,9	130,7	130,9	131,2	134,9	135,2	135,6	136,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	106,1	102,7	102,4	103,4	103,1	106,3	106,4	107,8	107,1
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	120,5	121,9	121,6	121,7	121,8	123,1	123,3	123,5	123,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	122,8	124,5	123,7	123,9	124,1	129,3	129,6	129,8	130,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	119,5	121,5	120,5	121,1	121,7	126,3	126,7	129,1	129,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	119,1	120,6	121,1	121,0	120,9	121,9	121,9	121,8	121,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	132,6	136,7	136,0	135,9	136,2	139,5	139,5	139,5	140,0

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

**Futtergetreidefläche verringert
Auswirkungen des bundesweiten Flächen-
stillegungsprogramms**

Die Getreideanbaufläche in Rheinland-Pfalz ist 1989 gegenüber dem Vorjahr um 6 000 ha auf 308 100 ha zurückgegangen. Im wesentlichen ist dies auf das erstmals bundesweit angebotene Flächenstillegungsprogramm zurückzuführen. Die Landwirte verringerten die Aussaat von Hafer (– 9,6 %) und Wintergerste (– 8,3 %) aber auch von Roggen (– 6,3 %). Aufgrund der relativ günstigen Erlössituation blieb der Anbau von Sommergerste mit fast 100 000 ha nahezu unverändert. Auch Winterweizen, der nach vier rückläufigen Jahren erstmals wieder um 2,4 % auf 95 100 ha ausgedehnt wurde, ist von der Flächenstillegung nicht betroffen.

Die Anbauflächen von Kartoffeln und Zuckerrüben wurden jeweils um gut 3 % eingeschränkt. Der Rückgang des Kartoffelanbaus konzentriert sich auf die mittelfrühen und späten Sorten (– 7,6 %), während die Frühkartoffeln (+ 3,7 %) in den klimatisch bevorzugten Gebieten wie der Vorderpfalz und Rheinhessen weiter an Bedeutung gewannen.

Bei den Hülsenfrüchten war erneut ein deutlicher Rückgang (– 31 %) festzustellen. Der Anbauumfang der Ölfrüchte (27 600 ha) stieg demgegenüber um 4,3 %. Insbesondere der Winterraps (+ 16 %) erfreut sich wieder zunehmender Beliebtheit bei den Landwirten. Der seit mehreren Jahren zu beobachtende Rückgang bei den Futterpflanzen (– 3,2 %) hat sich fortgesetzt. ob

Zahl der Apotheken weiterhin steigend

Anfang 1989 gab es in Rheinland-Pfalz 1 133 Apotheken (1988: 1 122), von denen im Durchschnitt jede 3 222 Einwohner zu versorgen hatte. Zehn Jahre zuvor waren es 954 Apotheken, auf die im Durchschnitt 3 808 Personen entfielen. Der Bestand an Apotheken erhöhte sich somit innerhalb dieses Zeitraums um fast ein Fünftel.

Die meisten Apotheken gibt es in den Städten Mainz (69) und Ludwigshafen (56) und im Landkreis Mayen-Koblenz (49). Die wenigsten Apotheken befinden sich in der Stadt Zweibrücken (13) und in den Landkreisen Daun (14) und Cochem-Zell (17).

In der Versorgungsdichte wurde ein Gefälle zwischen den Städten und Landkreisen festgestellt. Während sich in den kreisfreien Städten die Zahl der je Apotheke zu versorgenden Einwohner zwischen 1 909 (Landau) und 2 853 (Kaiserslautern) bewegt, liegen die Durchschnittszahlen für die Landkreise zwischen 3 147 (Rhein-Lahn-Kreis) und 4 134 (Pirmasens). vo

kurz + aktuell

Rheinland-pfälzisches Außenhandelswachstum im 1. Quartal 1989

Import + 18 %, Export + 12 %

Im ersten Quartal 1989 erzielte die rheinland-pfälzische Wirtschaft einen Exporterlös von mehr als 8,7 Mrd. DM. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies eine Zunahme von 932 Mill. DM oder 12 %. Die Ausfuhr von Enderzeugnissen stieg sogar um mehr als 16 %.

Die Einfuhr erhöhte sich in den Monaten Januar bis März 1989 um 18 % auf 5,3 Mrd. DM. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten hier Vorerzeugnisse, Halbwaren (jeweils + 27 %) und ernährungswirtschaftliche Güter (+ 21 %). kl

Weniger Wohnungen, aber mehr Einfamilienhäuser

Mit den laufenden Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik werdend die aus der Gebäude- und Wohnungszählung gewonnenen Basiszahlen zu Zwecken der Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung im jährlichen Turnus fortgeschrieben.

Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 14 164 Wohnungen fertiggestellt. Das sind 4,6 % weniger als im Jahr zuvor. Seit 1985 reduzierte sich in jedem Jahr die Zahl der neu errichteten Wohnungen, wobei sich nach den gravierenden Einbußen der Vorjahre von 16, 23 und 10 % eine Stabilisierung der Neubautätigkeit auf niedrigerem Niveau andeutet. Mit + 10,7 % oder 6 728 Einheiten ist 1988 ein ausgeprägter Zuwachs an Einfamilienhäusern zu verzeichnen. Gleichzeitig wurden aber gut ein Viertel weniger Zweifamilienhäuser, nämlich 1 327 Einheiten, gebaut. Die rückläufige Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern setzte sich auch im Jahre 1988 fort. Hier errechnet sich mit 443 Gebäuden ein Rückgang um 13 %. Die Geschoßbauten hatten zusammen 3 086 Wohnungen.

Die Kosten je Wohnung waren bei Einfamilienhäusern mit durchschnittlich rund 261 000 (Vorjahr 260 000) DM kalkuliert worden. Für Zweifamilienhäuser mußten 174 000 (172 000) DM je Wohnung gezahlt werden. Eine Geschoßwohnung kostete 121 000 (123 000) DM. ju

Fremdenverkehr entwickelt sich weiter positiv Mosel/Saar mit + 18,4 % vorn

Im Mai 1989 wurden im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr 580 000 übernachtende Gäste und 1,9 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind 3,6 bzw. 2 % mehr als vor Jahresfrist. Die geringere Zunahme der Übernachtungen dürfte auf Reisende zurückzuführen sein, welche die Pfingstferien und die günstige Lage der

Feiertage zu einem Kurzurlaub nutzten. Besonders gefragt waren Erholungs- und Ferienheime sowie Ferienhäuser, in denen 17 bzw. 11 % mehr Gäste übernachteten als im Mai 1988. Es folgen Jugendherbergen (+ 7,7 %) und Ferienzentren (+ 6,3 %).

Im Zeitraum Januar bis Mai 1989 wurden 1,9 Mill. Gäste und 6,2 Mill. Übernachtungen gezählt. Dies bedeutet eine Zunahme von 10,4 bzw. 7,7 % gegenüber den ersten fünf Monaten des Jahres 1988. Kräftig erhöht haben sich die Übernachtungszahlen in den Regionen Mosel/Saar (+ 18,4 %), Rheinhessen (13,3 %) und im Rheintal (13,2 %). In der Pfalz liegt die Veränderungsrate mit 7,5 % unter dem Landesdurchschnitt. Für das Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr wurde ein Zuwachs von 5,2 % ermittelt. Im Raum Westerwald/Lahn/Taunus war das Übernachtungsaufkommen nahezu unverändert, während im Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan mit -0,5 % eine leicht rückläufige Tendenz zu beobachten war. el

Mehr Kurgäste, aber kürzerer Kuraufenthalt 1989 Bad Breisig, Bad Hönningen und Boppard mit zweistelligen Zuwachsraten

Von Januar bis Mai 1989 wurden 38 700 Kurgäste in den rheinland-pfälzischen Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten gezählt. Das sind 1,8 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1988. Sie blieben durchschnittlich 26 Tage, zwei Tage weniger als vor einem Jahr, so daß sich ihre Übernachtungszahl um 3,4 % auf 1 013 800 verringerte. Die Entwicklung in den übrigen fremdenverkehrswirtschaftlichen Sektoren verlief wesentlich günstiger. Dort führten hohe Zuwachsraten zu Rekordergebnissen. In den einzelnen Heilbädern war entsprechend dem Anteil der Kurgäste die Veränderung der Fremdenverkehrszahlen sehr unterschiedlich.

In allen Heilbädern des Landes übernachteten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres insgesamt 311 600 Besucher. Das bedeutet eine Zunahme um 6,7 %. Die Übernachtungszahl war allerdings mit 1 663 400 um 0,8 % niedriger als im Vergleichszeitraum. In Bad Neuenahr-Ahrweiler, dem größten Heilbad des Landes, nahm die Zahl der Gäste um 2 % und die der Übernachtungen um 2,7 % ab. Stärker waren die Rückgänge in Bad Ems, Diez und Sobernheim. Dagegen wurden in Bad Breisig, Bad Bertrich, Bad Hönningen, Boppard, Bad Marienberg, Manderscheid, Kyllburg, Daun, Bad Dürkheim und Bad Bergzabern sowohl mehr Gäste als auch mehr Übernachtungen verzeichnet. Die Plusraten waren in Bad Breisig, Bad Hönningen und Boppard zweistellig. In Lahnstein ging die Zahl der Besucher um 2 % zurück, dagegen stieg die Zahl ihrer Übernachtungen um 2,9 %, so daß hier die Aufenthaltsdauer abweichend von der Gesamtentwicklung zunahm. sr

Obwohl weniger Übernachtungen im April, positive Entwicklung in den ersten vier Monaten

Die Aufwärtsentwicklung, die im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr in den ersten drei Monaten zu beobachten war, setzte sich im April nicht fort. Zwar war beim Gästeaufkommen noch eine Zunahme von 3,3 % zu verzeichnen; die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug jedoch nur noch 3,1 Tage (März: 3,6 Tage). Hieraus resultiert ein Rückgang der Übernachtungen um 4,9 %. Dabei fällt auf, daß in allen Gemeindegruppen – mit Ausnahme der Großstädte – die Übernachtungen rückläufig waren. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in den meisten anderen Bundesländern die Osterferien Anfang April endeten und der zeitlich begrenzte Geschäftsreiseverkehr dominierte.

Trotz des Rückgangs im April errechnete sich bei den Gäste- und Übernachtungszahlen im ersten Jahresdrittel eine Zunahme von 14 bzw. 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar (+ 32 %), Rheintal (+ 18 %) und Rheinhessen (+ 15 %) verbuchten überdurchschnittliche Zuwächse bei den Übernachtungen, während in der Pfalz (+ 8,3 %), im Raum Eifel/Ahr (+ 6,8 %) und in der Region Westerwald/Lahn/Taunus (+ 0,5 %) die Zuwachsraten für diesen Vier-Monats-Zeitraum unter dem Landesdurchschnitt lagen. Mit 0,5 % weniger Übernachtungen wies das Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan eine leicht rückläufige Fremdenverkehrstendenz auf. el

12 % weniger Führerscheinprüfungen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1988 von den Technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr 178 845 theoretische und praktische Prüfungen für den Erwerb eines Führerscheins der Klassen 1 bis 5 durchgeführt. Das sind 12 % weniger als im Vorjahr. 91 473 Prüfungen (- 10 %) bezogen sich auf theoretische Kenntnisse, 87 372 (- 14 %) auf die praktische Fertigkeit der Bewerber.

Rund 14 % waren Wiederholungsprüfungen. Bei den praktischen Prüfungen belief sich der Anteil der Wiederholungen auf 15 %, bei den theoretischen auf 13 %. Fast ein Fünftel aller Erstprüfungen und 29 % der Wiederholungsprüfungen wurden nicht bestanden.

Zum Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 (PKW) führten 139 385 theoretische und praktische Prüfungen (- 12 %). Davon wurden wie im Vorjahr mehr als drei Viertel (78 %) bestanden. gr

kurz + aktuell

91 neue Fahrlehrer

Im Jahre 1988 fanden in Rheinland-Pfalz 162 Prüfungen zur Erlangung einer Fahrlehrerlaubnis statt, davon 145 Erst- und 17 Wiederholungsprüfungen. 91 Kandidaten, und zwar 84 Erst- (58 %) und sieben Wiederholungsprüflinge (41 %) bestanden ihre Prüfung. 1987 hatten insgesamt 80 von 153 Prüflingen (52 %) die Fahrlehrerlaubnis erhalten. 1988 wurden somit 14 % mehr Fahrlehrer-Prüfungen bestanden als im Vorjahr.

In der Klasse 1 lag der Anteil der nicht bestandenen Prüfungen (51 %) höher als in den Klassen 2 und 3 (39 bzw. 41 %). Insgesamt haben 44 % der Kandidaten die Prüfung nicht bestanden. kl

Immer mehr Autos

Es gibt immer mehr Autos in Rheinland-Pfalz. Zwischen Januar und Juli 1989 hat ihre Zahl um weitere 2,2 % zugenommen. Derzeit sind hierzulande 2 191 527 Kraftfahrzeuge, darunter 1 848 333 Personenwagen, registriert. Der Zuwachs liegt über dem Bundesdurchschnitt von + 1,9 %.

Besonders stark zugenommen hat in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 1989 die Zahl der Wohnmobile (+ 7,1 %), Krafträder (+ 5,7 %) und Kombis (+ 4,9 %). Der Bestand an Leichtkrafträdern ist um 3,7 % kleiner geworden.

Den bundesweiten Motorisierungsgrad von 484 Pkw je 1000 Einwohner übertrifft Rheinland-Pfalz mit 506 Pkw je 1000 Einwohner. kl

Weniger Unfallopfer im ersten Halbjahr 1989

Von Januar bis Juni 1989 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 62 300 Verkehrsunfälle. Das sind gut 1 000 weniger als im ersten Halbjahr 1988. Deutliche Rückgänge gab es vor allem bei den Personenschadensunfällen, deren Zahl sich um 4,2 % auf 9 500 verringerte.

Die Zahl der Verkehrstoten entspricht mit 238 dem ersten Halbjahr 1988, die der Schwer- und Leichtverletzten ging dagegen um 4,7 beziehungsweise 4,6 % zurück. gr

Zerlegung der Lohnsteuer

Im Jahre 1986 ist von 375 019 Arbeitnehmern mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz die Lohnsteuer in einem anderen Bundesland vereinnahmt worden. Gegenüber 1983 bedeutet dies eine Zunahme um 11,3 %. Gleichzeitig ist von 98 469 nichtselbständig Tätigen mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland die Lohnsteuer

von ihren rheinland-pfälzischen Arbeitgebern hier abgeführt worden. Ihre Zahl ist um 5 % gestiegen. Die erste Gruppe von Arbeitnehmern begründet Zerlegungsansprüche von Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Bundesländern, während letztere zu Zerlegungsverpflichtungen von Rheinland-Pfalz führt.

In anderen Bundesländern wurden 2,3 Mrd. DM Lohnsteuer von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz einbehalten, während Rheinland-Pfalz seinerseits Lohnsteuerbeträge von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in anderen Bundesländern in Höhe von 0,8 Mrd. DM vereinnahmt hat. Die Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder ergibt für Rheinland-Pfalz einen Erstattungsanspruch, der eine bedeutende Verbesserung der Steuereinnahmen bewirkt. Im Jahre 1988 sind dem Land als Anteil an den Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung 686 Mill. DM oder 7,2 % seiner gesamten Steuereinnahmen zugeflossen. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 195

Themen der letzten Hefte

Heft 5 / Mai 1989

Europawahl und Kommunalwahlen in Btx
Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise 1986

Altersgliederung der Erwerbstätigen 1970 und 1987
Der Mikrozensus – ein zentrales statistisches Instrument
Nichtwohnbau 1988

Heft 6 / Juni 1989

Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1988

Neue Verfahren in der Schulstatistik
Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen seit 1980

Die Rebsortenstruktur in Rheinland-Pfalz
Außenhandel mit Frankreich 1950 bis 1988
Insolvenzen 1988

Zulassungen von PKW und Motorrädern 1980 bis 1988
Informationstechnische Seminare für die Landesverwaltung

Heft 7 / Juli 1989

Kaufkraft der D-Mark im Ausland
Sportstätten 1988
Industrie im Wandel
Handwerk 1988
Plankostenrechnung mit dem DV-Verfahren KOLK

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.